

Walter Schmidt

**DIE ERBEDEBATTE IN DER
DDR-HISTORIOGRAPHIE**

Versuch einer kritischen Bilanz

ROSA-LUXEMBURG-VEREIN 1995

MITTEILUNGEN

Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben
von Fritz Gebauer und Manfred Neuhaus

Heft 16

ISBN 3-929994-48-8

© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e.V.
Sternwartenstr. 31
D-04103 Leipzig

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann
Redaktion: Claudia Reichel
Korrektur: Ursula Albert
Satz: Claudia Reichel
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie	5
Zu dem Autor dieses Heftes	43
Chronik Januar bis Juni 1994	46
Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins	52

Vorbemerkung

Die Erbediskussion in der DDR-Historiographie¹ ist eine historisch abgeschlossene Angelegenheit, ist selbst schon Geschichte. Sie war eine Auseinandersetzung um die Haltung der DDR-Gesellschaft zu ihrer gesamten deutschen Vergangenheit und ist nun selbst schon ein Stück deutsches Erbe. Niemand wird sicherlich auf die Idee kommen, an sie unmittelbar anzuknüpfen und sie einfach fortzusetzen.

Der Untergang der DDR und die Zerstörung sämtlicher institutionellen Grundlagen ihrer Geschichtswissenschaft im Zuge des Anschlusses an die alte Bundesrepublik beendete diese Debatte abrupt. Heute interessieren sich bestenfalls noch Spezialisten der Historiographiegeschichte dafür.² Das besagt freilich nicht, daß die Erbediskussion auch historisch »erledigt« ist, nicht auch in die Gegenwart hineinragen würde, also ohne Nachwirkungen wäre und keinerlei Interesse mehr beanspruchen dürfte. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie die politischen Machteliten und die Mehrheit der Intellektuellen-Eliten aus der alten Bundesrepublik mit dem geschichtlichen Erbe jüngster deutscher Geschichte, dem der DDR, umgehen und es zu verdrängen, zu verketzern, zu diffamieren, zu stigmatisieren suchen, dann fühlt man sich geradezu aufgefordert, an manches zu erinnern, was im Rahmen der Erbedebatte in der DDR-Geschichtswissenschaft an Grundsätzen wie an praktischen Regeln des Umgangs mit der eigenen Vergangenheit erkannt und formuliert worden ist.

-
- 1 Für den Druck bearbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten am 28. April 1994 im Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig. Der Vortrag stützt sich auf und erweitert wesentlich Ausarbeitungen, die ihren Niederschlag fanden in: Walter Schmidt: Die Erbedebatte der siebziger und achtziger Jahre in der DDR. Ergebnisse – Grenzen – Fehlleistungen. In: Giselher Spitzer (Hrsg.): Anfänge der modernen Leibesübungen in Deutschland. Von den Philanthropisten bis zu den Burschenschaftsturnern. Jahrestagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 14. bis 16. Mai 1992 in Reinhardtsbrunn. Sankt Augustin 1993. S. 119-135; Zu Leistungen, Grenzen und Defiziten der Erbedebatte der DDR-Historiker. In: Eberhard Fromm und Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 106ff.
 - 2 Eine Ausnahme bildet die Diskussion über »das Erbe und das Erben. Erberezeption und Traditionsverständnis im Ost-West-Spannungsfeld«, die der Luisenstädtische Bildungsverein in Berlin im Rahmen von Akademischen Tagen am 22. Oktober 1993 durchführte und in der 16 Vorträge gehalten wurden. Siehe Eberhard Fromm und Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. S. 91-194.

Zugleich aber ist es – im Interesse gegenwärtiger und künftiger Problembewältigung auf dem Felde eines kritischen linken Geschichtsverständnisses – unabdingbar, die engen Grenzen, die Defizite, Unzulänglichkeiten und Versäumnisse dieser Debatte rücksichtslos zu benennen und zu bewerten. Urteile über diese Debatte lassen sich ausgewogener und treffender fällen, nachdem sie nicht mehr im Fluß ist, sondern abgeschlossen erscheint, was immer dies im einzelnen bedeuten mag. Das ist für den Historiker unbestritten ein Vorteil. Aber nutzen läßt sich dieser Vorteil im Interesse der historischen Wahrheit nur, wenn man die Vorgänge um die Aneignung historischen Erbes in der DDR der siebziger und achtziger Jahre nicht nur von der Ex-post-Warte eines besserwissenden, in der Tat auch klüger gewordenen Heutigen analysiert und bewertet, sondern zugleich die Situation jenes Jahrzehnts, die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen wie die wissenschaftsimmanenten Entwicklungen in der DDR-Geschichtswissenschaft, in Anschlag bringt.

Als einer, der in der DDR-Erbedebatte der siebziger und achtziger Jahre engagiert mitgewirkt hat,³ und sich – bei notwendiger kritischer Reflexion – auch heute dazu bekennt, will ich versuchen, eine kritische Standortbestimmung dieser bekanntermaßen auch und gerade in der damaligen BRD stark beachteten Diskussion⁴ vorzunehmen, eine Analyse

-
- 3 Siehe Walter Schmidt: *Das Gewesene ist nie erledigt. Worauf muß sich eine Nationalgeschichte der DDR stützen?* In: »Sonntag« vom 5. Juli 1981. S. 9; *Nationalgeschichte der DDR und das territorialstaatliche historische Erbe*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden ZfG)* 29(1981)5. S. 399-404; *Zur Entwicklung des Erbe- und Traditionsverständnisses in der Geschichtsschreibung der DDR*. In: *ZfG* 33(1985)3. S. 195-212; *Wir stellen uns der ganzen deutschen Geschichte*. In: Susanne Müller/Malte Ristau (Hrsg.): *Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD. Protokoll einer historischen Begegnung*. Reinbek bei Hamburg 1988. S. 33-40; *Aspekte der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft*. Berlin 1988 (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1 G). – Horst Bartel/Walter Schmidt: *Historisches Erbe und Traditionen – Bilanz, Probleme, Konsequenzen*. In: *ZfG* 30(1982)9. S. 816-829. – Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.): *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker*. Berlin 1988 (hier weitere Literaturangaben und eine Bibliographie von DDR-Arbeiten über Erbe und Tradition).
- 4 Siehe Jens Hacker/Horst Rögner-Francke (Hrsg.): *Die DDR und ihre Traditionen*. Heidelberg 1981; Ulrich Neuhäusser-Wespy: *Erbe und Tradition in der DDR. Zum gewandelten Geschichtsbild der DDR*. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft in der DDR. Bd. 1: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik*. Berlin 1988. S. 129-153. – Alexander Fischer/Günther Heydemann: *Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945*. In: *Ebenda*. S. 17-30. – Hans-Peter Harstick: *Marxistisches*

freilich, die danach strebt, pauschale Abqualifizierung und negative Stigmatisierung ebenso zu vermeiden wie wenig hilfreiche, eher schädliche nostalgische Verklärung.

*

Die Historiker-Debatte um Erbe und Tradition läßt sich ganz allgemein definieren als Versuch, die bisherige vornehmlich selektive Geschichtssicht in der DDR, die – ungeachtet natürlich auch schon früher erfolgter Differenzierungen auf bestimmten Geschichtsfeldern wie etwa dem der Befreiungskriege 1813 oder der Reformation – meist einem Schwarz-Weiß-Erklärungsklischee von progressiv und reaktionär verhaftet geblieben war, zu überwinden und ein sowohl ganzheitliches als auch differenziertes Verständnis namentlich der deutschen Geschichte zu gewinnen. Zugrunde lag diesen in den siebziger Jahren einsetzenden Bemühungen unstrittig eine gesellschaftspolitische Zielsetzung: Die sozialistische DDR sollte sich nicht mehr – wie bisher – zuvörderst mit den revolutionären und sozialistisch-kommunistischen Traditionen legitimieren, sondern ihre historische Identität aus ihrer Verwurzelung in der ganzen, unteilbaren, in sich freilich sehr widersprüchlichen deutschen Geschichte ableiten. Konkret festmachen lassen sich die massiven Bestrebungen um ein neues Geschichtsverständnis

- an der Neubewertung des Erbes preußischer Geschichte (Scharnhorst-Film des Fernsehens 1978; Ingrid Mittenzwei Biographie Friedrichs II. 1979⁵; Die Wiederaufstellung seines Reiterstandbildes Unter den Linden 1980);
- am Luther-Jubiläum zu dessen 500. Geburtstag 1980–1983⁶ mit der Lutherbiographie von Gerhard Brendler⁷;

Geschichtsbild und nationale Tradition. Zur Gegenwartsfrage der Geschichtswissenschaft in der DDR. Hannover 1988; Eberhard Kuhrt/Henning von Löwis: Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR. Paderborn [u. a.] 1988.

- 5 Siehe Ingrid Mittenzwei: Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie. Berlin 1979.
- 6 Siehe Horst Bartel/Walter Schmidt: Das marxistische Lutherbild in Geschichte und Gegenwart. Berlin 1984. S. 5-23 (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften 12 G). Anmerkung 53, verzeichnet die DDR-Literatur zum Luther-Jubiläum. – Adolf Laube: Die Lutherlehre in der DDR und ihre historisch-politische Motivation. In: Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.): Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker. Berlin 1988. S. 265-279. – Max Steinmetz (Hrsg.): Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland. Berlin 1985 (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft. Bd. 5. Berlin 1985).
- 7 Siehe Gerhard Brendler: Martin Luther – Theologie und Revolution. Berlin 1983.

- an den Auseinandersetzungen um die Alternativen der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert, speziell um die »Revolution von oben«, und an Ernst Engelbergs Bismarck-Biographie⁸;
- für das 20. Jahrhundert an der Einbeziehung bürgerlicher und militärischer Kreise in das Antifaschismus-Verständnis⁹.

Den Einstieg in die Diskussion brachte ein Forum-Artikel von Ingrid Mittenzwei im Sommer 1978 über die »zwei Gesichter Preußens«¹⁰, also über die Janusköpfigkeit dieses Staates. Das war – nach der Beschäftigung mit den preußischen Reformen und der Rolle Preußens in den Befreiungskriegen 1813/1814 in den fünfziger Jahren – das erste direkte öffentliche Plädoyer für ein differenziertes Preußenbild, das mit den bisherigen Vorstellungen vom vorwiegend oder gar ausschließlich reaktionären Preußen brach. Danach erfaßte die Diskussion die oben genannten und weitere historische Felder: von der Rolle des Bürgertums im bürgerlichen Umwälzungsprozeß des 19. Jahrhunderts, insbesondere in der 1848er Revolution bis zurück zur mittelalterlichen Geschichte¹¹ und zum Erbe des Altertums.¹² Zuletzt bewegte die Mediävisten – anlässlich der 800. Wiederkehr des Todes von Friedrich I. Barbarossa – dessen ausgewogene Würdigung.¹³

-
- 8 Siehe Ernst Engelberg: *Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer*. Berlin 1985; *Bismarck. Das Reich der Mitte*. Berlin 1990.
- 9 Siehe Kurt Finker: *Graf Moltke und der Kreisauer Kreis*. Berlin 1978; *Zum Widerstandskampf kleinbürgerlicher und bürgerlicher Nazigegner in Deutschland*. In: *Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR (im folgenden WiMi) 1979/I-II*. S. 139-148. – Olaf Groehler/Klaus Drobisch: *Der 20. Juli 1944*. In: *Einheit 39(1984)7*. S. 633-639.
- 10 Siehe »Forum« 32(1978)19. S. 8/9.; *Absolutistisches Preußen und historisches Erbe*. In: *WiMi 1979/I-II*. S. 49-55.
- 11 Siehe Evamaria Engel: *Zum historischen Erbe mittelalterlicher deutscher Geschichte*. In: *ZfG 35(1987)1*. S. 28-39; *Zum Platz mittelalterlicher Könige im marxistisch-leninistischen Bild der deutschen Geschichte*. In: *ZfG 29(1981)9*. S. 820-823. – Siehe auch Werner Mägdefrau: *Mittelalterliche Geschichte als Erbe und Tradition in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*. In: *Nordharzer Jahrbuch*. Bd. 9. Halberstadt 1983. S. 7 bis 24.
- 12 Siehe Joachim Herrmann (Hrsg.): *Das historisch-kulturelle Erbe vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen und seine zeitgenössische Bedeutung*. Berlin 1981.
- 13 Siehe Friedrich I. Barbarossa 1152 – 1180. *Politik und Wirkung. Anlässlich der 800. Wiederkehr seines Todestages am 10. Juni 1990*. o. O. o. J. [Berlin 1988]. – Michael Lindner: *Friedrich I. Barbarossa. Politik und Wirkung [Konferenzbericht]*. In: *ZfG 39(1991)1*. S. 61-65. – Evamaria Engel/Bernhard Töpfer (Hrsg.): *Friedrich I. Barbarossa. Landesausbau – Aspekte seiner Politik – Wirkung*. Weimar 1994.

Schon die Benennung der Diskussionsfelder läßt einen gravierenden Mangel erkennen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung war überhaupt nicht vertreten; die Geschichte der Weimarer Republik wurde erst in den späten achtziger Jahren unter dem Erbeaspekt ins Blickfeld gerückt, vor allem in Arbeiten von Joachim Petzold¹⁴ und Jürgen John¹⁵; zur engeren Zeitgeschichte, d. h. zur eigentlichen DDR-Geschichte gab es nur ganz wenige Beiträge, vor allem von Rolf Badstübner¹⁶. Die älteren Geschichtsperioden dominierten unübersehbar.

*

Zunächst wäre zu fragen, warum die Initiative für ein erweitertes, differenzierendes, offeneres, dem ganzen Erbe unverkrampft gegenüberstretendes Geschichtsverständnis erst in den siebziger Jahren einsetzte.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß es vorher keine Bestrebungen in der DDR-Historiographie gegeben hätte, sich historischen Ereignissen, Prozessen und Persönlichkeiten differenzierend zu nähern. Wie bereits erwähnt wurde: Preußen kam vor allem im Zusammenhang mit dem 140. Jahrestag der Befreiungskriege immerhin schon 1953 positiv ins Gespräch; auch waren über die Reformperiode hinaus andere Zeitabschnitte preußischer Geschichte bereits in eine stärker differenzierende Diskussion gekommen.¹⁷ Über die Reformation und Martin Luther wurde kontrovers, aber mit deutlicher Tendenz zu Differenzierung und positiver Beurteilung seit 1952 und

14 Siehe Joachim Petzold: *Wie halten wir's mit der Weimarer Republik? Nachdenken über Erbe und Tradition*. In: »Sonntag« vom 10. März 1989; *Zur Charakterbestimmung der Novemberrevolution*. In: *Die Novemberrevolution 1918/1919 und die Gründung der KPD*. Teil 1. Berlin 1989. S. 216ff.; *Die Bedeutung von Massenaktivitäten für die Gestaltung der bürgerlich-parlamentarischen Republik von Weimar*. In: *Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung*. Jena 1989. S. 44ff.; *Die Weimarer Republik*. Berlin 1990.

15 Siehe Jürgen John: *Zu einigen Problemen im Erbe- und Traditionsverständnis heimatgeschichtlicher Periodika*. In: *Blätter für Heimatgeschichte* 2(1985)2. S. 24-46; *Zum Charakter der Weimarer Republik*. In: *Die Novemberrevolution 1918/1919*. Teil 2. S. 422ff.

16 Siehe Rolf Badstübner: *Zu »Erbe und Tradition« in der Geschichte der DDR*. In: *ZfG* 31(1983)5. S. 427-431.

17 Siehe Ingrid Mittenzwei/Karl-Heinz Noack: *Das absolutistische Preußen in der DDR-Geschichtswissenschaft*. In: Ingrid Mittenzwei/Karl-Heinz Noack (Hrsg.): *Preußen in der deutschen Geschichte vor 1789*. Berlin 1983. S. 11-52 (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft. Bd. 3).

intensiv ab 1960 diskutiert.¹⁸ Das Reformationsjubiläum 1967 und Zschäbitz' Luther-Biographie¹⁹ aus diesem Jahr setzten bereits deutliche Signale. Aber das waren alles mehr oder weniger einzelne Vorstöße.²⁰

Seit Mitte der siebziger Jahre war mehr im Spiel. Das Herangehen an Geschichte sollte – wie stark auch in der begründenden Argumentation auf Kontinuität des sozialistischen Geschichtsdenkens von Marx über Mehring bis zur DDR-Historiographie gesetzt wurde – grundsätzlich überdacht und verändert werden. Die Erbediskussion wollte einen neuen konzeptionellen Zugang zur eigenen Vergangenheit erschließen; sie machte den Anspruch und die Verpflichtung der Gesellschaft geltend, sich stets dem *ganzen* Erbe stellen zu wollen und zu müssen, es in seiner Komplexität, Unteilbarkeit und Widersprüchlichkeit bewußt zu machen und sich anzueignen.

Für die neue Qualität von Geschichtsverständnis waren in meiner Sicht sowohl außerwissenschaftliche wie wissenschaftsimmanente Gründe maßgebend. Ich möchte zunächst auf die außerwissenschaftlichen Momente aufmerksam machen.

Der außerwissenschaftliche Background war durch folgende Faktoren charakterisiert. Mit der Entspannungspolitik (Helsinki 1975) und der seit 1970 damit einhergehenden internationalen Anerkennung der DDR sowie einer gleichzeitigen tatsächlichen, aber z. T. wohl auch nur scheinbaren inneren Konsolidierung und Stabilisierung von DDR-Staat und -Gesellschaft entstanden in den siebziger Jahren auch neue historische Legitimationsbedürfnisse und -möglichkeiten. Eine Öffnung und Weitung der historischen Legitimationsfelder bot sich an, ja schien notwendig zu werden und der politischen Führung opportun. Der direkte politische Anstoß erfolgte Ende 1977 im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Veröf-

18 Siehe Max Steinmetz: Reformation und Bauernkrieg – die deutsche frühbürgerliche Revolution. In: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland. Berlin 1985. S. 9-30 (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft. Bd. 5). – Horst Haun: Die Diskussion über Reformation und Bauernkrieg in der DDR-Geschichtswissenschaft 1952–1954. In: ZfG 30(1982)1. S. 5-12.

19 Siehe Gerhard Zschäbitz: Martin Luther. Größe und Grenze. Teil 1: 1483–1526. Berlin 1967.

20 Unter Hinweis auf die in der Tat schon früher einsetzenden Diskussionen um ein differenzierteres Geschichtsverständnis wird neuerdings versucht, die einschneidende Bedeutung der Erbediskussion für Geschichtswissenschaft und Geschichtsdenken in der DDR abzuwerten. Siehe Ilko-Sascha Kowalczyk: »Wo gehobelt wird, da fallen Späne«. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre. In: ZfG 42(1994)4. S. 318.

fentlichung von Thesen für den in den Oktober 1979 fallenden 30. Jahrestag der DDR-Gründung.²¹ Für die Thesen zeichnete damals Werner Lamberz verantwortlich. Diskussionen um die Thesen ließen erkennen, daß Front gegen Engherzigkeit in der Aneignung des historischen Erbes gemacht und das Ganze der historischen Hinterlassenschaft nunmehr stärker in den Blick genommen werden sollte.

Nach Abschluß der Transformations-, der sogenannten Übergangsperiode erschien eine *alleinige* Berufung auf revolutionäre Traditionen als nicht mehr ausreichend. Allerdings blieben diese Traditionen nach wie vor im Zentrum des offiziellen Interesses. Sie zeichneten sich durch eine ziemliche Enge aus, zumal deren Grundlinien vor allem in den fünfziger Jahren entwickelt und später nur sehr zaghaft korrigiert, aber, vor allem für das 20. Jahrhundert, nie wirklich in Frage gestellt worden waren. Ergänzung war indes nun gefragt. Eine Bindung aller Bürger unterschiedlicher sozialer und mentaler Herkunft an das – im Selbstverständnis – etablierte sozialistische Gesellschaftssystem verlangte, auch andere Bereiche deutscher Geschichte als die revolutionären und sogenannten progressiven Höhepunkte und Entwicklungslinien einzubeziehen.

Dabei erfolgte zunächst einmal – und zwar in ziemlich bewußter Abkehr von der nach 1971 unter der Losung des Internationalismus recht vordergründig und exzessiv betriebenen prosowjetischen Verbundenheitspropaganda – eine *erneute* stärkere Berufung auf deutsche Nationalgeschichte. Als Bezugspunkt für angestrebtes neues Nationalbewußtsein, das historisch zu untermauern war, sollte allerdings nicht mehr, wie in den fünfziger und sechziger Jahren, die gesamte im 19. Jahrhundert entstandene und nach der staatlichen Spaltung von 1949 wieder zu vereinigende deutsche Nation gelten, sondern eine – wie angenommen und verkündet wurde – in der DDR entstehende sozialistische deutsche Nation. Auf die Fragwürdigkeit, aber auch die rationellen Elemente der seit 1971 – auch von mir – vertretenen These²² soll hier nicht eingegangen werden. Das

21 Siehe Aufruf zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. November 1977. In: »Neues Deutschland« vom 18. November 1977.

22 Siehe Alfred Kosing/Walter Schmidt: Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR. In: Einheit 29(1974)2. S. 178-188; Nation und Nationalität in der DDR. In: »Neues Deutschland« vom 15./16. Februar 1975. S. 10; Die Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation: In: Die erfolgreichen Jahre. Berlin 1982. S. 209-230. – Walter Schmidt: DDR und nationale Frage. Selbstkritische Anmerkungen zur These von der sozialistischen deutschen Nation. In: WiMi 1990/I. S. 54-62. – The nation in German history. In: Mikulas Teich/Roy Porter (Hrsg.): The national question in Europe in hi-

wäre ein eigenes Thema. Eines wurde jedoch sehr bald klar: Die sozialistische Nationsvorstellung konnte, wenn überhaupt, nur dann greifen und bei der Bevölkerung Anklang finden, wenn die deutsche Herkunft der DDR klar in Anschlag gebracht und positiv gewürdigt wurde.²³

Dieser hochwichtige Aspekt aber war in den frühen siebziger Jahren von der politischen Führung im Zeichen eines sowjettreuen Internationalismus in der Propaganda gerade im Ungewissen gehalten, faktisch offen gelassen worden. Die vordergründige Propagandadoktrin von der DDR als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und von ihrer als ewig apostrophierten Verbundenheit mit der Hegemonialmacht Sowjetunion und die damit zwangsläufig einhergehende Mißachtung oder zumindest Vernachlässigung nationaler Selbständigkeit und Eigenleistung der DDR hatte kontraproduktiv gewirkt, abgestoßen, war in der Bevölkerung nicht akzeptiert worden. Diese politische Linie mußte daher zugunsten einer signifikanten und in der Öffentlichkeit aufmerksam zur Kenntnis genommenen Aufwertung des nationalen Moments aufgegeben werden. Mitte der siebziger Jahre wurde die Wende eingeleitet. Den letzten Anstoß dazu gaben die äußerst nachhaltigen Erfahrungen, die mit der ganz überraschend geänderten Verfassung von Oktober 1974 gemacht wurden, aus der ohne jegliche Konsultation mit Wissenschaftlern ebenso kurzschlüssig wie willkürlich und für die meisten absolut unverständlich die bisher enthaltenen Aussagen zum nationalen Charakter der DDR rigoros entfernt worden waren. Das stieß in der Bevölkerung – wie vorauszusehen war – auf entschiedene Ablehnung. Erstmals wurde daraufhin wenige Wochen nach der Verfassungsänderung parteioffiziell wieder ein klares Bekenntnis zur nationalen Herkunft und Bindung der DDR abgegeben.²⁴ Anliegen der Wissenschaftler – so auch von mir – war es von Anfang an gewesen, die ethnisch und historisch begründete deutsche Qualität der DDR-Eigenentwicklung unmißverständlich zu kennzeichnen; und ich war mit anderen dann auch an der deutlichen Formulierung und Begründung dieses Aspekts beteiligt.²⁵

historical context. Cambridge 1993. S. 167ff. – Jürgen Hofmann: *Wie weiter mit der deutschen Nation?* Berlin 1990.

23 Dies wurde genau erfaßt von Alexander Fischer/Günther Heydemann: *Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945.* In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft in der DDR.* Bd. 1. Berlin 1988. S. 18.

24 13. Tagung des ZK der SED, 12.–14. Dezember 1974. Berlin 1974. S. 16/17.

25 Siehe Fußnote 21.

Diese gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um das Nationale in der DDR-Entwicklung und seine erneute Aufwertung gehören unmittelbar ins Vorfeld der Erbediskussion. Den eigentlichen Hintergrund dieser Kontroverse aber bildete die Notwendigkeit, die DDR, die inzwischen international anerkannt war, auch im Inneren zu konsolidieren. Freigelegte Sozialpolitik reichte dafür nicht aus. Um den Konsens der Bürger mit dem bestehenden Gesellschaftssystem zu fördern, war es wichtig, daß die DDR von ihnen als Resultat der ganzen deutschen Geschichte angenommen wurde, was – wie wir meinten – beitragen würde, aus DDR-Bewußtsein, das bereits ausgebildet schien, in einem längeren Zeitraum eine eigene nationale Identität zu entwickeln.

Zugleich sollten aber auch spezifische regionale Interessen und Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden. Die Hinwendung zur Geschichte Preußens und bald auch Sachsens und der anderen ehemaligen Länder der DDR wird nur verständlich, wenn man weiß, daß die alten föderalen Strukturen im Denken der Menschen verhaftet geblieben waren und stark mental fortwirkten. Ohne Einbeziehung dieser regionalen Affinitäten war auf Dauer keine feste Bindung an Staat und Gesellschaft zu erreichen.

Das staatsoffizielle Bekenntnis zu Martin Luther, das damals in Ost wie West arg verwunderte und in der DDR nicht selten auf sektiererisch-dogmatischen Widerstand stieß, war auch davon bestimmt, daß die DDR, konfessionell gesehen, ein überwiegend protestantisches Land war. Mit Müntzer, Marx, Bebel, Luxemburg und Thälmann allein, also mit einer revolutionär-proletarisch-kommunistischen Traditionslinie, war, zumal die stereotypen Rituale dieser Traditionspflege, sofern sie überhaupt gefühlsmäßig angenommen wurden, zunehmend abstoßend wirkten, Einbindung oder zumindest loyale Anpassung größerer Teile der Bevölkerung in bzw. an das Gesellschaftssystem nicht zu erreichen. Die Wende zur deutschen Geschichte – und zwar ging es nun anders als in den sechziger und siebziger Jahren darum, sich nicht nur chronologisch und territorial, sondern auch sozial-strukturell der *ganzen* deutschen Geschichte zu stellen – hatte also ohne Frage einen klaren gesellschaftspolitischen, legitimierenden Hintergrund. Sie zielte auf eine subtilere, für die Mehrheit der Bürger leichter zu akzeptierende historische Legitimation der DDR als eines in ständiger Konkurrenz zur Bundesrepublik befindlichen, wie diese in deutscher Geschichte verwurzelten und aus ihr gleichermaßen hervorgegangenen eigenständigen deutschen Gemeinwesens und Nationalstaats.

Dieses gesellschaftspolitische Anliegen hat die Mehrheit der DDR-Historiker – entweder uneingeschränkt oder mit kritischen Anmahnungen

für notwendige reformerische Veränderungen – mitgetragen und haben viele, so auch ich, aktiv mitzugestalten gesucht. Dies zu leugnen verbietet intellektuelle Redlichkeit. Wir wollten keine Abschaffung der DDR, sondern sie als eine uns legitim erscheinende gesellschaftliche Alternative deutscher Geschichte erhalten und durch Reformen in demokratischer Richtung konsolidieren. Die Erbediskussion war daher – auch in meinem damaligen Selbstverständnis – eine nicht nur systemimmanente, sondern auch systemstabilisierende Angelegenheit, die ich wollte und der ich mich verpflichtet fühlte. Auch kritische Anmahnungen blieben unter der Mehrheit der Historikerschaft immer systemimmanent. Daß diese Haltung heute von der nahezu durchweg von Eliten der Alt-BRD gestellten politischen Klasse in Deutschland wegen sogenannter Staatsnähe als strafwürdig qualifiziert und gegenüber zehntausenden Wissenschaftlern der DDR durch Entlassungen und rigorose Rentenkürzungen entsprechend gehandhabt wird, gehört zu den gegenwärtigen historischen Realitäten, die fernab jedes normalen rechtsstaatlichen Verständnisses liegen. Sie verdeutlichen eigentlich nur noch einmal, wie stark die in der DDR versuchte gesellschaftliche Alternative die Herrschenden in der Alt-BRD beunruhigt hat und wie stark ihr Haß gegen diesen Versuch war und ihr Rachebedürfnis noch ist.

Indem die Erbediskussion die DDR stabilisieren helfen wollte, bediente sie unbestreitbar auch spezifische Herrschaftsinteressen der politischen Führung, die nicht pluralistisch-demokratischer Konkurrenz ausgesetzt war, sondern über das Machtmonopol verfügte. Und da die Dinge von uns akzeptiert wurden, wie sie waren, und nicht ernsthaft kritisch hinterfragt, schon gar nicht in Frage gestellt wurden – letzteres tun wohl auch Historiker in anderen Systemen höchst selten oder gar nicht – wurde auch diese monopolistische, undemokratische Herrschaftsstruktur gestützt, was – von heute aus gesehen – letztendlich wohl eher systemdestabilisierend als gesellschaftsstabilisierend wirkte.

Allerdings nicht gewollt und nicht mitgetragen hat die Historikerschaft die unausgesprochene Absicht der politischen und staatlichen Führung, die Beschäftigung mit nichtrevolutionären, konservativ durchgesetzten oder gar dominierten Bereichen deutscher Geschichte für eine Wiederbelebung konservativer Verhaltensweisen in der Bevölkerung zu nutzen: unbedingte Staatsräson, die sogenannten preußischen Tugenden, lutherischen Obrigkeitseingehorsam, ein sozialistisches »ora et labora« etc.²⁶ Doch hat die Erbe-

²⁶ Siehe dazu auch Wolfgang Küttler: Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte.

rezeption der siebziger und achtziger Jahre solche fraglos versuchten (Potsdamer Lange Kerls etwa), aber nicht wirksam gewordenen Mißbräuche begünstigt. Diese Gefahren sind von linksliberaler und demokratischer Seite im Westen,²⁷ aber – zunächst freilich vornehmlich in internen Diskussionen – auch in der DDR benannt und kritisiert worden.²⁸ Daß diese Versuche in der DDR sich angesichts der auf eine Revitalisierung altpreußischer Traditionen in der Bevölkerung abzielenden, konservativen Traditionspflege im wiedervereinigten Deutschland freilich geradezu waisenknahehaft ausnehmen, soll hier nur am Rande erwähnt werden.

Eine pauschale Verurteilung der DDR-Historiker wegen ihrer mehrheitlich positiven Haltung zur versuchten gesellschaftlichen Alternative und deren Unterstützung ist im Grunde dem siegermentalsten »Unrechtsstaats«-Klischee verpflichtet und berührt nicht den eigentlichen Kern einer unabdingbaren linken, demokratisch-sozialistischen Selbstkritik. Das Versagen bestand wohl vor allem und gerade darin, zu wenig oder nichts getan zu haben, um in – wenn erforderlich auch offener – Konfrontation zur politischen Führung demokratische Wandlungen einzufordern, unser Wissen nachdrücklich für eine durch demokratische Veränderungen zu bewirkende Stärkung und Konsolidierung der DDR zur Geltung zu bringen, als kritische Partner der Politik, die von dieser allerdings nicht gewollt, sondern vielmehr bekämpft wurden. Doch hinderte daran nicht allein, wenn zu einem Gutteil eben auch, mangelnde Zivilcourage. Zweierlei muß zugleich beachtet werden. Einmal wirkte das verinnerlichte und akzeptierte Prinzip von der führenden Rolle der Partei auf allen Gebieten, also auch in der Wissenschaft, was letztlich keine offene eigenständige kritische Partnerschaft gegenüber der Politik zuließ, sondern – mit gewiß manchen Einschränkungen – letztlich nur zur Rechtfertigung der bestehenden Zustände und der verfolgten Politik verurteilte. Zum anderen aber sollte nicht aus dem Blick geraten und als irrelevant abgetan werden, daß der, der sich

Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B (1992)17/18 vom 17. April 1992. S. 7f.

27 Georg G. Iggers: Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere deutsche Geschichte. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 14(1988)4 S. 542-557. – Jan Herman Brinks: *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels*. Frankfurt am Main, New York 1992. S. 263-296.

28 Siehe Helga Schultz: *Zu Inhalt und Begriff marxistischer Regionalgeschichtsforschung*. In: *ZfG* 33(1985)10. S. 875-887, insbesondere S. 879-881 und 884/885. – Klarer artikuliert die Autorin dies in: *Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR*. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG)* 2(1991)1. S. 28-31.

zur sozialistischen Alternative bekannte und für sie einstand, angesichts der realen Bedrohungen, denen die DDR in der ganzen Zeit ihrer Existenz von jenen ausgesetzt war, die sie beseitigen wollten, sich zu – sicherlich häufig übertriebener – Zurückhaltung und Rücksichtnahme veranlaßt sah. Mit dem Verweis darauf, daß es sich lediglich um eine illusionäre »Festungsmentalität« gehandelt habe, läßt sich dies nicht abtun. Bloße Einbildung waren die Gefahren nun mal nicht. Das, was 1989/1990 schließlich passiert ist und seit 1949 erklärtermaßen von westlicher Seite angestrebt wurde, die Liquidierung der DDR und damit der antikapitalistischen Alternative in der deutschen Geschichte, wollten wohl die wenigsten; ich jedenfalls nicht.

Die Erbedebatte hatte zugleich wesentliche innerwissenschaftliche Voraussetzungen und brachte wissenschaftsimmanente Bedürfnisse der Historiographie zur Geltung.

Erstens: Ende der sechziger Jahre hatte die DDR-Geschichtswissenschaft weitgehend Professionalität im Sinne einer methodisch geregelten, rational betriebenen Wissenschaft gewonnen.²⁹ Sie war zu einem zunehmend anerkannten Bestandteil der internationalen Wissenschaftsentwicklung, der »Ökumene der Historiker« geworden. 1970 erfolgte die Aufnahme in den internationalen Historikerverband. Niemand wird bestreiten wollen, daß sie mit ihren Arbeiten auch politische Legitimationsansprüche der DDR-Gesellschaft erfüllte und damit zugleich Herrschaftslegitimation derer »von oben« bediente. Aber es gehört zu den politisch zweckbestimmten Legenden der sogenannten Nachwendzeit, die Leistungen der DDR-Historiographie darauf beschränken zu wollen, um damit die totale »Abwicklung« der ostdeutschen Geschichtswissenschaft und die völlige Zerstörung ihrer in Jahrzehnten gewachsenen Wissenschaftsstrukturen ideologisch rechtfertigen zu können. Wer bereit ist, die Geschichtswissenschaftsentwicklung in der DDR einer unvoreinge-

²⁹ Siehe Jörn Rüsen und Zdenek Vasicek: Geschichtswissenschaft zwischen Ideologie und Fachlichkeit. Zur Entwicklung der Historik in der DDR. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Geschichtswissenschaft in der DDR Bd. 1: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik. Berlin 1988. S. 307-331. – Alexander Fischer/Günther Heydemann: Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945. In: ebenda. S.16-30.

nommen sachlichen Kritik zu unterziehen, wird nicht um die Feststellung herumkommen, daß die DDR-Historiographie mit ihren Arbeiten und wissenschaftlichen Debatten – ganz gewiß unterschiedlich wertvolle und nützliche – Ergebnisse in den internationalen und nationalen historischen Diskurs einbrachte. Durchaus kritische Analysen bundesdeutscher und anderer westlicher Autoren aus den achtziger Jahren wußten dies auch herauszustellen,³⁰ wovon heute allerdings nur noch selten oder gar nichts mehr zu hören und zu lesen ist. Auch machte die DDR-Geschichtswissenschaft – im vorgegebenen und akzeptierten politischen Rahmen – eigene Wissenschaftsforderungen »gegenüber oben« geltend, die nicht allein, aber gewiß auch aus Gründen der internationalen Reputation, und nicht minder im Interesse innerer Stabilisierung respektiert wurden und zu deutlichen Freiräumen führten.³¹

In welchen engen oder weitergezogenen Grenzen auch immer, es ging seit den ausgehenden sechziger Jahren in der DDR-Historiographie eine zunehmende Entdogmatisierung und Verwissenschaftlichung vor sich, die westliche Beobachter namentlich in den achtziger Jahren aufmerksam konstatierten. Heute freilich scheinen in der offiziellen bundesdeutschen Historiographie – bis auf wenige Ausnahmen – solche Einsichten ganz der Vergessenheit anheimgegeben zu sein; es scheint Mode zu werden, Fortschritte in der Entwicklung der DDR-Historiographie nicht nur schlankweg zu leugnen, sondern darüber hinaus auch westliche Historiker wegen früherer sachlicher Feststellung solcher Entwicklungstendenzen in der DDR-Historiographie frontal anzugreifen.³² Eine nüchtern-sachliche Darstellung der Dinge wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen. Wie dem auch sei: Die DDR-Geschichtswissenschaft führte seit den siebziger Jahren im Rahmen des Systems zunehmend auch ein – gewiß bescheidenes – relatives Eigenleben.

Zweitens: In den fünfziger und sechziger Jahren waren durch Forschungen und Darstellungen gesellschaftspolitisch favorisierte Schwerpunkte wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und revolutionäre

30 Zuletzt und vor allem in den beiden von Alexander Fischer und Günther Heydemann 1988 und 1990 herausgegebenen Sammelbänden: *Geschichtswissenschaft in der DDR*.

31 Siehe dazu auch Walter Schmidt: *Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Leitungsstrukturen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR*. In: *ZfG* 40(1992)11. S. 1020ff.

32 So besonders auffällig bei Ilko Sascha Kowalczyk: »Wo gehobelt wird, da fallen Späne«. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre. In: *ZfG* 42(1994)4. S. 304.

Höhepunkte, die für das selektive Geschichtsbild prägend waren, fürs erste abgedeckt worden. Damit bekamen Umprofilierungen eine größere Chance. Seit Mitte der sechziger Jahre war begonnen worden, die Forschungsfelder auszuweiten, politisch zunächst weniger oder gar nicht begünstigte Themen ins Visier zu nehmen (etwa Bürgertum und bürgerliche Umgestaltung im 19. Jahrhundert³³, Wirtschaftspolitik im spätabolutistischen Preußen, Agrargeschichte und Geschichte des Landvolks, Regionalgeschichte, Reformationsgeschichte). So entstanden durch Forschungen allmählich ein Vorlauf und die Grundlagen für neue Sichtweisen. Ohne diese bleibt die Erberezeption der siebziger und achtziger Jahre schlechterdings unverständlich. Übrigens – als Beispiel – Ingrid Mittenzweiss Beschäftigung mit preußischer Geschichte des 18. Jahrhunderts und mit Friedrich II. begann natürlich nicht erst 1978/1979, sondern (ganz ohne den in manchen westlichen Publikationen als unvermeidlich angenommenen »politischen Auftrag« der Parteiführung) bereits in der Mitte der sechziger Jahre, und zwar auf dringende Empfehlung von Ernst Engelberg, dem damaligen Direktor des Akademieinstituts für Geschichte.

Drittens: Vorbereitet wurde die neue Herangehensweise wesentlich durch methodologische Diskussionen seit Ende der sechziger Jahre. Sie führten zu einem flexibilisierten Verständnis von Grundkategorien des historischen Materialismus wie Gesellschaftsformation, Klassenkampf, Revolution und Reform.³⁴ Es wurde wesentlich mehr Augenmerk auf die progressiven Funktionen von herrschenden Klassen gelenkt³⁵ und vor allem den Alternativen im Geschichtsprozeß, namentlich in Umbruchperioden nachgegangen. Die Debatten auf dem Gebiet der vergleichenden Revolutionsgeschichte in Leipzig unter Walter Markov und Manfred Kossok³⁶, die

33 Walter Schmidt: Die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. Historische Entwicklung und kritische Bilanz. In: ZfG 42(1994)1. S. 27ff.

34 Ernst Engelberg (Hrsg.): Probleme der Geschichtsmethodologie. Berlin 1972. – Ernst Engelberg/Wolfgang Küttler (Hrsg.): Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis. Berlin 1977; Formationstheorie und Geschichte. Berlin 1978. – Wolfgang Küttler: Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Rußland vor 1905. Berlin 1978. – Zur Einschätzung aus westlicher Sicht: Eberhard Kuhrt/Henning von Löwis: Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR. Paderborn [u. a.] 1988. S. 36-52 und S. 94-104.

35 Siehe vor allem Rolf Barthel: Klassenwiderspruch und historischer Fortschritt. In: Ernst Engelberg/Wolfgang Küttler (Hrsg.): Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis. S. 115-125.

36 Siehe die zehn Bände Studien zur Revolutionsgeschichte, hrsg. von Manfred Kossok. Berlin 1969 bis 1990; ferner die vom Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Re-

in hohem Maße mit den Methodologieforschungen und -debatten am Berliner Akademie-Geschichtsinstitut unter Ernst Engelberg und Wolfgang Küttler verflochten waren, zielten in die gleiche Richtung.

Viertens: Ein wichtiger wissenschaftsimmanenter Anstoß kam von dem Vorhaben einer mehrbändigen Deutschen Geschichte. Eine solche Gesamtdarstellung zu erarbeiten war tatsächlich ein Auftrag der politischen Führung, der Ende der sechziger Jahre erteilt wurde. Das Unternehmen stand unter der Leitung des Akademie-Geschichtsinstituts. Die Diskussionen und Arbeiten an der Konzeption für dieses Werk, die in den 1974 erschienenen »Grundriß der deutschen Geschichte«³⁷ einmündeten, standen ganz im Zeichen der Orientierung auf die weltgeschichtlichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen, in denen sich deutsche Geschichte vollzog. Die Ausarbeitung der ersten Bände, die Anfang der achtziger Jahre erschienen,³⁸ lief dann aber schon parallel mit der national motivierten Erbedebatte und war stark von ihr beeinflußt. Die Bedürfnisse einer solchen Gesamtdarstellung

volutionsgeschichte an der Karl-Marx-Universität herausgegebenen Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung (Heft 1-29. Leipzig 1982-1990).

- 37 Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1974; zweite Auflage unter dem Titel: Grundriß der deutschen Geschichte. Berlin 1978.
- 38 Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Ausbildung des Feudalismus Mitte des 11. Jahrhunderts. Berlin 1982 (Leitung: Joachim Herrmann); Bd. 2: Die entfaltete Feudalgesellschaft von der Mitte des 11. bis zu den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts. Berlin 1983 (Leitung: Evamaria Engel und Bernhard Töpfer); Bd. 3: Die Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus von den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts bis 1789. Berlin 1983 (Leitung: Adolf Laube und Günter Vogler); Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871. Berlin 1984 (Leitung: Walter Schmidt). – Nach längerer Unterbrechung, verschuldet durch die anlaufenden Arbeiten an der »Geschichte der SED«, erschienen Ende der achtziger Jahre die Bände 5: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897. Berlin 1988 (Leitung: Gustav Seeber) und im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR »außer der Reihe« Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949. Berlin 1989 (Leitung: Rolf Badstübner). Nicht mehr erscheinen konnten infolge des Umbruchs von 1989/1990 der für 1990 vorgesehene und schon ausgedruckte Bd. 6: Vorkriegsimperialismus und erster Weltkrieg vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917 (Leitung: Willibald Gutsche) und der in Manuskriptfassung vorgelegene Bd. 7: Novemberrevolution und Weimarer Republik von 1917 bis 1933 (Leitung: Joachim Petzold).

hatten ein weitgreifendes Geschichtsverständnis herausgefordert.³⁹ Sollte die deutsche Geschichte von ihren Anfängen bis in die Gegenwart in ihrer Komplexität, als Resultat des Agierens sämtlicher sozialer Kräfte in allen Lebensbereichen, von der Wirtschaft über die Sozialstruktur, die politischen Auseinandersetzungen bis hin zu Kultur, Wissenschaft, Lebensweise und Alltag der Menschen dargestellt werden, was das ausgesprochene Anliegen des Unternehmens war, wie begrenzt es dann auch immer – namentlich wegen unzureichender Forschungsergebnisse – erfüllt werden konnte, dann mußte eine Vielzahl von bisher als gelöst angesehenen Fragen neu aufgeworfen, erforscht und erörtert werden, dann waren neue differenziertere Bewertungen gefragt.

Fünftens: Impulse für ein neues Herangehen ans Erben kamen auch von den Literaturwissenschaften. Die Literaturhistoriker hatten bereits an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren den Erbebegriff nicht mehr – wie zuvor – selektiv benutzt, sondern auf die Gesamtheit der überlieferten Leistungen in Kultur und Geistesleben bezogen. Damit war der Zugang zu widersprüchlichen Bereichen und Teilen des kulturellen Erbes (Kafka, Moderne) geöffnet worden.⁴⁰

*

Theoretischer Ansatzpunkt der neuen Erberezeption war eine Neufassung des Erbebegriffs, seine deutliche Absetzung und Unterscheidung vom Traditionsbegriff. Als *Tradition* wurden lediglich die für ein positives Selbstverständnis der DDR-Gesellschaft wichtigen Teile und Aspekte der

39 Siehe auch: Helmut Meier: Anliegen und Ergebnisse der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft der DDR. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 124/125.

40 Probleme der sozialistischen Rezeption des Erbes. [Rundtischgespräch] In: Weimarer Beiträge 16(1970)2. S. 10-51. – Horst Haase: Erbe und sozialistische Gegenwart. In: Weimarer Beiträge 18(1972)12. S. 5-9. – Werner Mittenzwei: Über den Sinn der Tradition im weltrevolutionären Prozeß. In: Ebenda. S. 10-29. – Wolfgang Heise: Bemerkungen zum Erbe. In: Weimarer Beiträge 20(1974)10. S. 156-169. – Hans Kaufmann: Zehn Anmerkungen über das Erbe, die Kunst und die Kunst des Erbens. In: Weimarer Beiträge 19(1973)10. S. 33-53. – Werner Mittenzwei: Brechts Verhältnis zur Tradition. Berlin 1974. – Hans Koch: Kulturbund und kulturelles Erbe. In: Mitteilungsblatt des Kulturbundes der DDR (1975)2. – Hans Kaufmann: Versuch über das Erbe. Leipzig 1980. – Claus Träger: Studien zur Erbetheorie und Erbeaneignung. Leipzig 1981.

geschichtlichen Vergangenheit gefaßt, denen besondere Pflege zu gelten hatte, was im wesentlichen auf das alte, sich nun aber doch etwas weitende selektive Geschichtsbild hinauslief. Als historisches *Erbe* wurde demgegenüber die Gesamtheit der historischen Hinterlassenschaft mit ihren Guthaben und Schulden definiert, der sich – und das war wohl das wichtigste – auch eine sozialistische Gesellschaft nolens volens zu stellen, ja die sie auch mitverantworten, mit der sie sich permanent auseinanderzusetzen hatte.

Über diese Unterscheidung zwischen Erbe und Tradition ist von Anfang an heftig gestritten worden; sie ist auch mit guten Argumenten in Frage gestellt und für überflüssig erklärt worden. Sachlich wohl begründeten Widerspruch haben sowohl Volkskundler als auch Mediävisten und Methodologen eingelegt.⁴¹ Erstere faßten vor allem den Traditionsbegriff wesentlich weiter, ließen eine Beschränkung auf strikt historische Traditionen nicht zu, sondern schlossen darin sämtliche Elemente der Lebensweise ein. Zweierlei hat mich und andere dennoch bewogen, an der Unterscheidung festzuhalten.

Erstens sprach dafür die aus praktischen Erfahrungen und sachlichen Überlegungen gewonnene Überzeugung, daß keine Gesellschaft sich in gleicher Weise zu allen Teilen der historischen Hinterlassenschaft, in der sie steht, verhält. Vielmehr nimmt jede Gesellschaft sehr wohl eine von ihrem Charakter und ihren Bedürfnissen bestimmte, unterschiedliche und sich durchaus auch wandelnde Haltung zu diesem oder jenem Erbeil ein, entwickelt zu bestimmten historischen Ereignissen, Vorgängen oder Persönlichkeiten eine besondere Affinität oder auch Animosität. Durchaus nicht alles aus dem vielfältigen, widersprüchlichen Erbe wird gepflegt. Da ist schon deutliche, zumeist gesellschaftspolitisch determinierte Selektion am Werke. Um mich verständlich zu machen: Der Parlamentarismus in der deutschen und europäischen Geschichte wurde und wird bis heute in der Bundesrepublik als eine bewahrenswerte historische Tradition nicht nur über die Schulbücher bewußt gemacht. Die Haltung zu ausgesprochen revolutionären Traditionen, zu den Revolutionen in der deutschen Geschichte, ist demgegenüber durchaus zwiespältig; sie hat sich nach den Initiativen

41 Hermann Strobach: Einige volkskundliche Probleme des historischen Erbes. In: ZfG 29(1981)9. S. 611-617. – Wolfgang Küttler/Gustav Seeber: Probleme von Erbe und Tradition in der gegenwärtigen Diskussion der DDR-Geschichtswissenschaft. In: Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.): Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker. Berlin 1988. S. 171-195. – Evamaria Engel: Zum historischen Erbe mittelalterlicher deutscher Geschichte. In: ZfG 35(1987)1. S. 28-39.

des Bundespräsidenten Heinemann für ein positives Verhältnis gegenüber den rebellischen Aktionen des einfachen Volkes gegen verrottete Herrschaftsverhältnisse am Ende der sechziger Jahre – nicht zuletzt unter dem Eindruck der 1968er Studentenbewegung – teilweise gewandelt, aber auch recht heftige Kontroversen ausgelöst.⁴² Warum sollte es für eine sich sozialistisch verstehende Gesellschaft nicht auch bestimmte Teile des Erbes geben, denen sie sich in besonderer Weise verbunden fühlte und denen sie ausdrückliche Pflege angedeihen ließ?

Zweitens aber lagen der Unterscheidung zwischen Erbe und Tradition auch ganz nüchterne pragmatische Überlegungen zugrunde. Aus politisch-ideologischen Gründen war es unverzichtbar, einen »pflegebedürftigen« Traditionsbestand festzumachen, wollte man Freiräume für die volle Einbeziehung des gesamten Erbes gewinnen. Anders wäre, so meine ich, die Sache mit dem Erbe von vornherein sehr bald am ideologischen Veto gescheitert. Westliche Beobachter und Kritiker der DDR-Erbe-Diskussion haben den letztgenannten Gesichtspunkt sehr wohl begriffen und auch so benannt.⁴³

Die sich auf die Gesamtheit der Geschichte beziehende Erbeauffassung war das eigentlich Neue und auch Brisante.⁴⁴ Wir erläuterten unseren Erbe-

42 Siehe dazu: Theodor Schieder: Hat Heinemann recht? Zu einer Rede über unser mangelhaftes Geschichtsbewußtsein. In: »Christ und Welt« vom 12. Februar 1970. – Verallgemeinernd Paul Münch: Geschichte und Demokratie. Zu Inhalt und Funktion demokratischer Traditionen in den Reden des Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann 1969-1974. In: Horst Rabe [u. a.] (Hrsg.): Festgabe für Ernst Walter Zeeden. Münster 1976. S. 481ff. – Helmut Bleiber: Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in Deutschland in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD. In: Helmut Bleiber unter Mitwirkung von Gunther Hildebrandt und Rolf Weber (Hrsg.): Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789-1871. Berlin 1977. S. 211ff. – Helmut Bleiber: Das Erbe von 1848/49 in der Alt-BRD und der DDR – Gegensätze, Unterschiede, Gemeinsamkeiten. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. S. 156/157. – Wolfram Siemann: Die deutsche Revolution von 1848/49. Frankfurt am Main 1985. S. 13-16.

43 Lothar Romain: Ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden? Die Diskussionen von Erbe und Tradition in der DDR durchbrechen immer neue Tabus. In: DDR-Report 14(1981)8. S. 474ff. – Alexander Fischer/Günther Heydemann: Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Geschichtswissenschaft in der DDR. Bd. 1. Berlin 1988. S. 21f.

44 Siehe auch: Helmut Meier: Anliegen und Ergebnisse der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft der DDR. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 125/126.

begriff damals so: »Die Geschichte der Menschheit, darunter die unseres Volkes, hat zu Resultaten geführt, die so etwas wie eine Erbschaft darstellen. Wie jeder im persönlichen Leben überlegen muß, was er mit der Hinterlassenschaft eines Anverwandten anfängt, so ist das auch mit dem historischen Erbe. Als Hinterlassenschaft ist es zunächst einmal da, auf seine Gestalt haben wir keinen Einfluß. Unabhängig von unseren Wünschen enthält es die verschiedensten Bestandteile: Es umschließt echte Guthaben ebenso wie Schulden, Gutes wie Schlechtes, Positives wie Negatives, Progressives wie Rückständiges, ja Reaktionäres. Im persönlichen Leben kann man eine Erbschaft ausschlagen. Aber eine Klasse oder ein Volk kann das historische Erbe als Ganzes nicht einfach beiseite schieben, darauf verzichten, sondern muß es antreten, es übernehmen, sich ihm stellen.«⁴⁵ Gerhard Branstner hatte den gleichen Gedanken humoristisch-ironisch zugespitzt in den Satz gegossen: »Leider gibt es keine Scheuerfrauen der Geschichte, auch keine historische Müllabfuhr. Der ganze Dreck muß verarbeitet werden.«⁴⁶

Ein solches Erbeverständnis hatte weitreichende Konsequenzen, die – zum Glück – freilich nicht von allen begriffen wurden; zumal nicht in der politischen Führung, wo man – namentlich an der Spitze der Volksbildung, aber nicht nur dort – erst gegen Ende der achtziger Jahre den tieferen Sinn des neuen Erbekonzepts mitbekam und sogleich auch restriktiv reagierte. Vor allem nachdem unter dem Einfluß der sowjetischen Geschichtsdiskussion seit 1987 stärker Forderungen laut wurden, auch in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts und in der DDR-Geschichte sich den Widersprüchen, Mängeln, Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen zu stellen und sie wahrheitsgetreu darzustellen, gab es in der Spitze der politischen Führung ernsthafte Bemühungen, die Ergebnisse der Erbedebatte rückgängig zu machen.⁴⁷ Eine Ausdehnung auf die Zeitgeschichte wie die Geschichte der kommunistischen Bewegung sollte unterbunden werden. Sputnik-Verbot Ende 1988 wie

45 Helmut Meier/Walter Schmidt: Was Du ererbt von Deinen Vätern hast... Berlin 1980. S. 5.

46 Gerhard Branstner: Handbuch der Heiterkeit. Halle und Leipzig 1980. S. 208.

47 Siehe auch: Helmut Meier: Anliegen und Ergebnisse der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft der DDR. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 124-127. – Wolfgang Küttler: Geschichtliches Erbe und historische Orientierung. Gedanken zum Umgang mit deutschen Vergangenheiten. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. S. 120/121.

Komintern-Artikel im »Neuen Deutschland« im Mai 1989⁴⁸ waren die deutlichsten Versuche, die allerersten, schwachen Ansätze zu einer etwas kritischeren Sicht auf die Geschichte von KPD, SED und DDR wieder auszulöschen. Gegen den dogmatischen Restriktionsversuch kam – von Klaus Kinner initiiert – immerhin erstmals interner Protest im Rat für Geschichtswissenschaft auf. Wie schon zuvor das Sputnik-Verbot innerhalb der SED namentlich an Universitäten und Akademie-Instituten Unruhe und Widerstand hervorgerufen hatte, so äußerte sich nun auch Empörung in freilich nicht veröffentlichten Leserbriefen an das »Neue Deutschland«.⁴⁹

Welche Konsequenzen ergaben sich aus der neuen Erbeauffassung? *Erstens* wurde damit der Anspruch erhoben, das bisherige, weitgehend selektive Geschichtsverständnis, das unangenehme historische Phänomene häufig verdrängte oder dem anderen deutschen Staat zuschob, aufzugeben. Der neue Erbebegriff verlangte, Verantwortung auch für Schuld, Vergehen und Verbrechen in der deutschen Geschichte zu übernehmen. Dies bedeutete, geradezustehen auch für Faschismus, Genocid an den europäischen Juden, Verbrechen des deutschen Faschismus an anderen Völkern, all dies als deutsche Schuld anzunehmen und mitzutragen. Damit war faktisch wieder angeknüpft an eine Haltung, die die KPD unmittelbar nach der Zerschlagung des Naziregimes in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945⁵⁰ eingenommen hatte und die seit Ende der vierziger Jahre nach und nach aufgegeben worden war. Freilich: Inwieweit es dann gelang, eine solche Konsequenz bewußt zu machen und diese anspruchsvolle Sicht in der Schule und in der gesamten Öffentlichkeit durchzusetzen, ist eine andere Frage, die sehr kritisch zu beantworten sein wird. Das »Sieger der Geschichte«-Bewußtsein ist bis zuletzt im Grunde nicht wesentlich angekratzt worden. Und Siegermentalitäten haben es generell an sich, die eigenen Probleme, Widersprüche, Defizite, Unzulänglichkeiten und Grenzen zu eskamotieren oder zumindest herunterzuspielen.

48 Hanna Wolf/Wolfgang Schneider: Zur Geschichte der Komintern: In: »Neues Deutschland« vom 6./7. Mai 1989.

49 Sitzung des Rates für Geschichtswissenschaft am 9. Mai 1989. – Siehe auch Walter Schmidt: Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Leitungsstrukturen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR. In: ZfG 40(1992)11. S. 1024. – Fritz Klein: Laßt uns die Wahrheit sagen. In: »Die Weltbühne« 84(1989)44. S. 1388.

50 Lothar Berthold und Ernst Dicl (Hrsg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Berlin 1964. S. 193/194.

Zweitens erlaubte und förderte der neue Erbebegriff eine Öffnung für Forschungen und Darstellungen. Das war faktisch eine Aufforderung, alle Perioden, Bereiche, historischen Erscheinungen und Persönlichkeiten der Geschichte ins Forschungsprogramm aufzunehmen und ins Geschichtsverständnis der Gesellschaft einzubeziehen. Verdikte über wirklich oder vermeintlich reaktionäre Persönlichkeiten wurden aufgehoben. Die Biographie erlebte nicht zufällig eine Renaissance. Eine dringend erforderliche marxistische Hitlerbiographie war dennoch unerwünscht. Die bislang recht eindimensionale Sicht auf Volksmassen, herrschende Klassen und gesellschaftlichen Fortschritt begann differenzierter zu werden. Landesgeschichte wurde zu einem favorisierten Thema. Ein auffallender Zuwachs an Wirklichkeitsgehalt, Vielgestaltigkeit und Farbigkeit des Geschichtsbildes war die Folge. Das befriedigte und erzeugte zugleich wachsendes Geschichtsinteresse, was ohnehin international im Trend der Zeit lag.

Drittens zwang die Hinwendung zu bislang vernachlässigten oder auch verdrängten »Grauzonen« der Geschichte, die Vielfalt der inneren Widersprüche historischer Prozesse, die entgegen dem marxistischen Prinzip nicht selten mißachtet und von einer vereinfachenden Fortschritt-Reaktion-Dichotomie verdrängt worden war, wieder stärker zur Geltung zu bringen. Mit dem Reaktion-Fortschritt-Schema war die ganze Geschichte in ihrer Kompliziertheit, mit ihrem Sowohl-als-auch, genauer: mit der inneren Verflochtenheit und dem Aufeinanderwirken gegensätzlicher Tendenzen in oft ein und derselben Erscheinung oder Persönlichkeit nicht voll zu erfassen. Hinter der Forderung, die inneren Widersprüche als die entscheidenden Bewegungskräfte der Gesellschaft in der Geschichte aufzuzeigen, steckte Sprengstoff. Das war Affront gegen geschönte und harmonisierende Darstellungen, die vor allem in der Zeitgeschichte, namentlich in der Geschichte der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts und des Realsozialismus, vorherrschten. In diesem von der Politik am stärksten tangierten Bereich gelang eine Umsetzung des Anliegens auch am allerwenigsten.

Wer nach 1985, dem Beginn der sowjetischen Perestrojka, für Reform und Erneuerung in der DDR eintrat, verlangte auf historischem Felde eine offene Darlegung der Widersprüche, Fehler, Fehlleistungen, auch der Vergehen in den kommunistischen Bewegungen wie in der realsozialistischen Entwicklung seit 1917. Eine Anwendung dieses Prinzips der Erbeauffassung in der Zeitgeschichte scheiterte an der Ideologie. Die politische Führung fürchtete, gewiß nicht zu Unrecht, daß eine konsequente Durchsetzung dieses marxistischen Grundsatzes die wohlgehütete Doktrin von der Partei, die immer recht hat und nie grundsätzliche Fehler begeht, als

reine apologetische Fiktion erscheinen ließ und zu deren Aufgabe zwingen könnte.

Viertens enthielt und bekräftigte der neugefaßte Erbebegriff das Bekenntnis zur deutschen Geschichte und hatte daher – in seiner realen Wirkung – eine beträchtliche gesamtdeutsche Komponente. Diese Seite der Sache war allen – ob in der DDR oder in der Bundesrepublik⁵¹ – mehr oder weniger bewußt, obwohl diesem Bekenntnis zu deutscher Geschichte – auch in meinen Arbeiten zur Erbefrage – das gewiß problematische und zu Recht auch damals schon von nicht wenigen in der DDR in Frage gestellte Konzept von einer sich bildenden sozialistischen deutschen Nation in der DDR zugrunde lag.⁵² Für deren Ausbildung, für die Gewinnung einer neuen, eigenen nationalen Identität sollten geistige Wurzeln aus der ganzen deutschen Geschichte fruchtbar gemacht werden. Ungeachtet dieser engen Zielsetzung förderte indes die massive Hinwendung zur deutschen Nationalgeschichte die Wiederbelebung deutscher Gemeinsamkeiten.

Begünstigt wurden durch diese »nationale Orientierung« verständlicherweise auch die seit den siebziger Jahren zunehmenden Kontakte und Kooperationen zwischen Historikern der beiden deutschen Staaten. Die beiden deutschen Geschichtswissenschaften waren in ihrer Entwicklung immer aufeinander bezogen und füreinander auch immer eine Herausforderung. Auf die Entwicklung dieser Beziehungen in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR, die heute von interessierter Seite immer mal wieder zum Gegenstand heftigster Anwürfe gegen bundesdeutsche Dialogpartner gemacht werden, kann aus Raumgründen nicht eingegangen werden. Es muß die Feststellung genügen, daß in dieser Zeit ein Übergang von der harten Konfrontation zu durchaus kritischem, zumeist kontroversen Dialog und teilweiser Kooperation vorstatten ging. Literarisch reflektieren die beiden Sammelbände von Alexander Fischer und Günther Heydemann⁵³ den erreichten Stand des deutsch-deutschen Historikerverhältnisses vor Herbst

51 Siehe Alexander Fischer/Günther Heydemann: Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft in der DDR*. Bd. 1. Berlin 1988. S. 475.

52 Horst Bartel/Walter Schmidt: *Historisches Erbe und Tradition – Bilanz, Probleme, Konsequenzen*. In: *ZfG* 30(1982)9. S. 826-829. – Walter Schmidt: *Zum Begriff »deutsche Geschichte« in der Gegenwart*. In: *ZfG* 37(1989)1. S. 5-19.

53 Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft in der DDR*. Bd. 1-2. Berlin 1988 und 1990.

1989. Daß nur wenige aus der bundesdeutschen Historikerelite bei dieser Sicht der Dinge blieben und dazu noch heute stehen, sondern viele sich beträchtlich wendeten, steht auf einem anderen Blatt.

Die Erbedebatte hat in meiner Sicht in der Geschichtswissenschaft Fortschritte bewirkt. Sie förderte bis zu einem gewissen Grade Entdogmatisierung und Verwissenschaftlichung. Sie begann bisherige Denkstrukturen und -muster aufzulockern. Ganz aufgebrochen oder gar überwunden wurden sie nicht. Sie bot gleichwohl eine Chance, verbunden mit Verfeinerungen des methodischen Instrumentariums und einer Flexibilisierung historisch-materialistischer Kategorien, neue Forschungsfelder zu besetzen, alte Geschichtsbilder in Frage zu stellen, gegen sie anzugehen. Und diese Chance wurde auch genutzt.

*

Zugleich wies diese Diskussion relativ enge Grenzen auf, ließ gravierende Defizite bestehen. *Erstens* ist die Tatsache zu nennen, daß die Erbedebatte, wie bereits vermerkt, hochgradig politisch determiniert war. Sie war natürlich systemimmanent und sozialismuskonform. Ihr lagen unbestreitbar legitimatorische Ziele zugrunde. Es sollte zur Legitimation der DDR beigetragen werden, was, sofern man nicht gerade der heute staatsoffiziellen These vom sogenannten Unrechtsstaat zu folgen hat, nicht eo ipso ein Mangel sein muß. Sie litt allerdings stark unter einer nationalgeschichtlichen Verengung auf die DDR als sogenanntem Höhepunkt und Krönung der deutschen Geschichte⁵⁴ und war überdies – wie bereits angedeutet – in ein fragwürdiges Nationalkonzept eingezwängt.

Die Erbediskussion war überdies eine fast ausschließlich auf die deutsche Geschichte konzentrierte und beschränkte Angelegenheit und beschäftigte vornehmlich die auf diesem Felde arbeitenden Historiker. Die Allgemeine Geschichte nahm davon wenig Notiz. Nur ganz wenige Beiträge, namentlich zur Entwicklungsländerforschung, waren bemüht, Aspekte der neuen Erbesicht auch für das Gebiet der Allgemeinen Geschichte anzu-

⁵⁴ Zur sogenannten »Krönungstheorie« siehe die kritischen Reflexionen von Jürgen Hofmann: Misere oder Krönung? Anmerkungen zu Erbestrategien. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende: Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 91ff.

wenden.⁵⁵ Es wird zu fragen sein, ob die Trendwende zur Nationalgeschichte in der Mitte der siebziger Jahre die Allgemeine Geschichte nicht wieder Schaden nehmen ließ, die ja gerade zu Beginn dieses Jahrzehnts im Gefolge der stärkeren Orientierung auf weltgeschichtliche Verflechtungen einen gewissen Aufschwung erlebte. Ich meine dies, zumindest was die Neuzeitgeschichte betrifft, verneinen zu können. Erkenntnisse und Grundpositionen der frühen siebziger Jahre blieben nicht zuletzt dank der Zusammenarbeit mit den Allgemeinhistorikern, namentlich in den Debatten zur vergleichenden Revolutionsgeschichte und um die Alternativen und Wege der bürgerlichen Umwälzung, erhalten und wurden eher noch ausgebaut. Gleichwohl wurde die Erbefrage selbst nie ein direktes Thema der Allgemeinhistoriker.

Es scheint an diesem Punkt notwendig, sich über das Problem von historischer Legitimation durch Geschichtswissenschaft zu verständigen. Allein die Feststellung, eine Geschichtswissenschaft wirke gesellschaftslegitimierend, ist wohl nicht schon kritikwürdig oder gar verwerflich. Denn es wäre sicherlich eine große Illusion anzunehmen, daß sich Historiographie irgendwo auf der Welt ganz aus der Politik heraushalten kann. Sie steht vielmehr immer und überall in einem Spannungsverhältnis zur Politik. Ebenso wenig aber ist Geschichtswissenschaft als Ganzes in einer Gesellschaft (womit nicht jede Einzeldisziplin und jede einzelne historische Forschungsleistung gemeint ist) irgendwo gänzlich frei von direkten oder indirekten, durchaus legitimatorisch wirkenden Bezügen zu dieser Gesellschaft und nicht selten auch zu einer bestimmten, dieser Gesellschaft verbundenen Politik. Erkenntnisleitende Interessen, die nun einmal durch Probleme der jeweiligen Gesellschaften bestimmt werden, sind nicht nur unter sozialistischen Verhältnissen wirksam gewesen, sondern haben überall ihren nicht bestreitbaren und auch nicht bestrittenen Platz im Geschichtswissenschaftsbetrieb. Und man wird wohl mit Fug und Recht Einspruch gegen ein pauschales »Quod licet Jovi, non licet bovi« erheben dürfen. Karl Dietrich Erdmann jedenfalls hat sich Mitte der achtziger Jahre in deutlicher Polemik gegen allzu vereinfachte Vorwürfe, nur in der DDR würde historisch legitimiert, dazu recht freimütig und realistisch geäußert: »Man begegnet manchmal der Auffassung, dies [die Renaissance der deutschen Geschichte in der DDR – W. S.] sei eine instrumentale Ausbeutung

55 Siehe Martin Robbe: Tradition als Problem der Entwicklungsländerforschung. In: ZfG 34(1986)10. S. 914-919. – Jürgen Herzog: Tradition und Traditionsverständnis in der Entwicklungsländerforschung. In: asien, afrika, lateinamerika 14(1986)4. S. 601-607.

unserer Geschichte auf Weisung und zum Nutzen des Regimes. Sicherlich sucht die DDR Legitimation in der Geschichte. Tun wir das nicht? Die konkurrierende Interpretation der gemeinsamen deutschen Geschichte hüben und drüben, wenn sie sich nur wirklich auf die Geschichte richtet, ist auch ein gesamtdeutsches Phänomen.« Und als Grund für die Renaissance nennt er interessanterweise, »daß sich die DDR heute, nachdem sie sich einigermaßen konsolidiert hat, einen Umgang mit unverkürzter Geschichte erlauben kann«⁵⁶.

Nun bleibt aber die Frage nach dem Spezifischen von Legitimation in der DDR-Geschichtswissenschaft. Und dies muß um so nachdrücklicher benannt werden, weil daraus beträchtliche wissenschaftshemmende Wirkungen erwachsen. Ich sehe dreierlei.

Anders als in westlichen Ländern gab es in der DDR *zum einen* nur eine einzige Legitimationsrichtung, die, von der SED vorgegeben, das uneingeschränkte Monopol besaß. Diese Monopolstellung, mithin das Fehlen frei miteinander konkurrierender sozialer und politischer Kräfte, be-, ja verhinderte die offene und adäquate Reflexion der inneren Widersprüche und das Geltendmachen vorhandener unterschiedlicher Interessen und Zielvorstellungen. Legitimation erwuchs in der DDR nicht oder kaum aus einem in demokratischem Diskurs verschiedener Richtungen entstandenen Grundkonsens, der durchaus unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Raum gibt. Das aber bedeutete, daß keinerlei miteinander konkurrierende politische Strömungen der Historiographie den für eine möglichst ungehinderte wissenschaftliche Entwicklung unverzichtbaren pluralistischen Spielraum verschafften.

Der politischen Monopolstellung einer Partei entsprach *zum anderen* in der Wissenschaft das Monopol einer theoretischen Richtung, des Marxismus-Leninismus. Doch entspringt der wissenschaftliche Ausschließlichkeitsanspruch, der in den meisten realsozialistischen Ländern praktiziert wurde, nicht, wie bisweilen festgestellt wird, der marxistischen Theorie, sondern war erst eine Folge der unter staatssozialistischen Verhältnissen durchgesetzten Monopolisierung im Bereich der Politik, ausgeweitet auf die Wissenschaft. Dadurch entstanden allerdings enorme politische Abhängigkeiten der Wissenschaft. Bestimmend wurde und war bis zuletzt eine nahezu allmächtige Dominanz der Politik gegenüber der Historie als Wissenschaft.

56 Karl Dietrich Erdmann: *Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung*. Kiel 1985. S. 14.

Damit aber wurde schließlich nicht nur die freie Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit behindert, sondern – und dies ist der *dritte* Aspekt des Besonderen – die Wahrnehmung der gesellschaftskritischen Funktion der Geschichtswissenschaft gegenüber der Politik total verhindert. Die völlige Unterordnung der Wissenschaft unter die Politik und der weitgehende Verlust der Eigenständigkeit der Geschichtswissenschaft waren die eigentliche Crux. Was wirkliche Politikberatung angeht, so tendierte der Einfluß der Geschichtswissenschaft wie der aller anderen Geistes- und Sozialwissenschaften faktisch gegen Null hin. Dafür war sie von der politischen Führung nicht gewollt und nicht gefragt. In dieser Beziehung war die Historie in der DDR alles andere als eine »Herrschaftswissenschaft«.

Zweitens rüttelten die Kontroversen ums Erbe in keiner Weise an der Monopolstellung der marxistisch-leninistischen Geschichtsbetrachtung. Allerdings begünstigten und förderten sie die Entwicklung innermarxistischer Pluralität. In den theoretischen Debatten ums Erbe problem ging es bis zuletzt kontrovers zu, und auch in den Sachdiskussionen auf den verschiedensten Gebieten wurden die Auseinandersetzungen belebt. Zwar gab es seit den ausgehenden siebziger Jahren innerhalb der DDR auf dem Gebiet der Reformationsgeschichte einen Dialog zwischen Marxisten und nichtmarxistisch arbeitenden Kirchenhistorikern; doch von Meinungspluralismus konnte da, zumal er nicht einmal öffentlich geführt wurde, nicht die Rede sein.

Drittens barg die Erbediskussion die Gefahr in sich, etatistischen Tendenzen Vorschub zu leisten. Die zunehmende Beschäftigung mit Bereichen der Geschichte, in denen die Großen und Herrschenden agierten, und die gleichzeitigen Bemühungen, deren Tätigkeit differenzierter und also auch positiver als zuvor zu bewerten, boten der politischen Führung Gelegenheit, dies nicht allein für die Legitimierung der Herrschaft, sondern auch zur Einforderung von Staatsräson zu nutzen. Die Historiker haben sich derartigen Bemühungen fast durchweg verweigert. Gleichwohl ist ernst zu nehmen, wenn vor allem von Sozialhistorikern aus westlichen Ländern, aber auch in der DDR im Zusammenhang mit der Erbediskussion, eine Zunahme von etatistischen Tendenzen⁵⁷ ausgemacht, ja sogar (was ich al-

57 Georg G. Iggers: Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere deutsche Geschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 14(1988)4. S. 542-557. – Jan Herman Brinks: Die DDR- Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels. Frankfurt am Main, New York 1992. S. 263-296. – Helga Schultz: Zu Inhalt und Begriff marxistischer Regionalgeschichtsforschung. In: ZfG 33(1985)10. S. 875-887.

lerdings für stark übertrieben halte) von einer »konservativen Wende im Geschichtsbild der DDR« gesprochen wurde.⁵⁸ Bei aller Bedeutung, die die Erbedebatte gehabt haben mag, so bestimmte sie doch mitnichten den Gehalt, das Leistungsvermögen und -angebot und den Entwicklungstrend der gesamten DDR-Geschichtswissenschaft.

Viertens hat die Erbediskussion zwar zu einer Erweiterung der Forschungsfelder geführt und auch größere Differenzierungs-Spielräume geschaffen, doch keinerlei neue methodische Denkansätze hervorgebracht oder neue Forschungstrends eingeleitet. Die durchaus begreifliche und keineswegs nur negativ zu bewertende Orientierung auf die bislang vernachlässigten »herrschenden Klassen« – was, wie mir scheint, freilich nur eine Seite der Erberezeption betrifft und nicht das Ganze ausmacht – brachte nur eine Öffnung »nach oben«, hemmte indes die gleichzeitige und wohl noch dringlichere Öffnung der Geschichtswissenschaft »nach unten«, gegenüber den in der internationalen Wissenschaftsentwicklung Raum greifenden neuen Trends, vor allem der Sozial- wie der Alltags- und Mentalitätsgeschichte.⁵⁹ Es scheinen mir allerdings Platz und Wirkung der Erbedebatte weit überschätzt, wenn ihr allein die Schuld für die in der Tat erheblichen Versäumnisse bei der Rezeption der neuen Forschungstrends zugewiesen wird. Da muß wohl eher ein ganzer Ursachenkomplex in den Blick genommen werden. Es wäre schließlich auch recht einseitig und allzu linear, Fortschritt und Gesamtentwicklung einer nationalen Historiographie wie der internationalen Geschichtswissenschaft überhaupt ausschließlich am sozialgeschichtlichen Kriterium messen zu wollen. Auch in den westlichen Historiographien war Sozialgeschichte nicht die alleinige, alles beherrschende und durchdringende Richtung. Und last not least sollte auch nicht ganz übersehen werden, daß sich die Sozialgeschichte in der DDR in den letzten beiden Jahrzehnten einen anerkannten Platz erobern konnte.

Fünftens. Der für die Wissenschaftsentwicklung wohl gravierendste Mangel bestand in meiner Sicht darin, daß es nicht gelang, die Grundsätze

58 Siehe Helga Schultz: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG) 2(1991)1. S. 31. – Siehe auch Wolfgang Küttler: Geschichtliches Erbe und historische Orientierung. Gedanken zum Umgang mit deutschen Vergangenheiten. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 117f. – Ich halte es für problematisch und letztlich unzutreffend, daß erst mit der Erbedebatte in der DDR-Historiographie »eine ziemlich deutliche Wende weg von der linksgerichteten, gesellschafts- und staatskritischen, emanzipatorischen Substanz des Marxismus« (so ebenda. S. 118) eingetreten sein soll.

59 Helga Schultz: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR. S. 28-32.

der neuen Erbesicht in der Geschichte der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts und in der neuesten und Zeitgeschichte durchzusetzen. Ansätze dazu gab es in der DDR-Geschichte, so etwa bei den Arbeiten an dem 1989 noch erschienenen Band 9 der »Deutschen Geschichte«, der die Zeit von 1945 bis 1949, die Entstehung der beiden deutschen Staaten, abhandelt.⁶⁰ Auch die freilich weitgehend intern geführten und nicht in die Öffentlichkeit gelangten Diskussionen um die Widersprüche und Fehlentwicklungen in der kommunistischen Bewegung der zwanziger Jahre und um den Charakter und Entwicklungsweg der Weimarer Republik, vor allem im Zusammenhang mit den Arbeiten an dem nicht mehr erschienenen Band 7 der »Deutschen Geschichte«, bezeugen engagierte Bemühungen um eine das ganze Erbe zur Geltung bringende Gesichtssicht dieser Zeit. Ansätze in dieser Richtung gab es auch auf dem letzten Historikerkongreß der DDR im Februar 1989.⁶¹ Erfolg war dem nicht beschieden. Eine durchgreifende Anwendung des Erbekonzepts auf diesen Feldern wurde aus den oben erwähnten politischen und ideologischen Gründen verhindert.

Damit aber wurde zugleich die Chance verbaut, eine weitgreifende Öffnung von Forschung und historischer Diskussion zur neuesten und Zeitgeschichte »nach unten« einzuleiten, hin zu sozialgeschichtlich orientierten Untersuchungen und Betrachtungen. Es unterblieben Forschungen zu den sozialen Wandlungen in der Arbeiterklasse des 20. Jahrhunderts. Ebenso wenig gelang es, die Verengung der Forschung auf die KPD aufzusprengen und die Gesamtheit der Arbeiterbewegung in all ihren Strömungen in den Blick zu nehmen und als geschichtliches Subjekt eines widerspruchsvollen sozialen und politischen Emanzipationsprozesses zu analysieren und vorurteilsfrei zu bewerten.

Sechstens dürfen die gesellschaftlichen Wirkungen der Erbediskussion weder unter- noch überschätzt werden. Zunächst darf nicht übersehen werden, daß die Erbediskussion der Historiker begleitet wurde, ja im Grunde unmittelbar angestoßen worden war, von einer neuen Praxis des

60 Siehe Autorenkollektiv: Rolf Badstübner (Leiter), Evemarie Badstübner-Peters, Günter Benser, Peter Kirste, Siegfried Kuntsche, Wolfgang Mühlfriedel: Deutsche Geschichte. Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949. Berlin 1989. – Rolf Badstübner: Zur Nationalgeschichte der DDR. 1945-1949. Ergebnisse der Arbeit an Band 9 der Deutschen Geschichte in zwölf Bänden. In: ZfG 37(1989)8. S. 675-684; Die Geschichtsschreibung über die DDR zwischen Krise und Erneuerung. In: BzG 32(1990)4. S. 481ff.

61 Siehe Arbeitskreise auf dem VIII. Historikerkongreß der DDR. In: ZfG 37(1989)8. S. 741-747 (auch: BzG 31(1989)3. S. 395-403).

Umgangs mit dem Erbe im kulturellen Leben. Und diese Erbepaxis hatte natürlich sofort eine außerordentlich aufmerksame Öffentlichkeit. Die Menzel-Ausstellung der Nationalgalerie von 1979, die erstmals wieder den ganzen Menzel, also auch seine Gemälde zur preußischen Geschichte, vorzustellen suchte, mag noch etwas im Verborgenen geblieben sein. Die Wiederaufstellung des Rauchschen Reiterstandbildes Friedrichs II. in Berlin Unter den Linden 1980 stieß bereits auf ein ausgesprochen breites, vielfältiges, durchaus kontroverses öffentliches Echo, ja wurde zu einem gesellschaftlichen Ereignis. Daneben standen die Restauration des Goldenen Reiters und des Wettiner Fürstenzuges in Dresden, aber auch der Wiederaufbau des Schauspielhauses in Berlin und der Semperoper in Dresden in den achtziger Jahren. Der Scharnhorst-Film im Fernsehen 1980 ließ ebenso aufhorchen, wie die Ausstellungen der achtziger Jahre über Schlüter in Berlin, Semper in Dresden, Friedrich II. und die Kunst in Potsdam einen bislang kaum gekannten Zulauf erhielten. Das seit 1980 kulturpolitisch, wissenschaftlich und publizistisch vorbereitete Lutherjubiläum von 1983 fand neben der Preußen-Renaissance die vielleicht größte öffentliche Aufmerksamkeit. Mit Claus Hammels »Die Preußen kommen«⁶² unterzog die Dramatik die alte wie die neue Erbepaxis einer von Spott und Ironie durchzogenen Kritik, die des Interesses und der Zustimmung der Theaterbesucher sicher war. Auch darf nicht vergessen werden, daß der Artikel Ingrid Mittenzweiss über die zwei Gesichter Preußens, der die Erbedebatte gleichsam eröffnete, Mitte 1978 nicht in einer Fachzeitschrift, sondern in der Studentenzeitung »Forum« erschien; und die Biographie Friedrichs II. von der gleichen Autorin war seit 1979 einer der Sachbuch-Bestseller in der DDR.

Insofern war das neue Erbeverständnis sehr wohl sofort eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses. Das allgemeine Geschichtsinteresse in großen Teilen der Bevölkerung wurde durchaus belebt. Die Historiker, zumal wenn sie sich mit bislang vernachlässigten Themen beschäftigten, waren zunehmend gefragte Diskussionspartner. Freilich hatte die Reaktion der Öffentlichkeit ihre eigene Logik, die keineswegs immer mit den offiziellen Zielen übereinstimmte. Viele verstanden die Abkehr von der bisherigen verengten Geschichtssicht, die häufig nicht wirklich angenommen worden war, oft als eine Rückkehr zu einer ausschließlich positiven Wertung früherer Herrschergestalten; und für die meisten war dies auch und vor allem eine Rückkehr zur gemeinsamen deutschen Geschichte.

62 Claus Hammel: Die Preußen kommen. Berlin 1982.

Es ist mit Recht darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Erbediskussion in ihren Absichten wie in ihren Wirkungen keineswegs etwas Einheitliches war.⁶³ Drei Ebenen sind vor allem zu unterscheiden: *erstens* die Ziele und Absichten der Politik; *zweitens* die Interessen und Intentionen der Historiker, aber auch der Kultur- und Kunsthistoriker und *drittens* die geistigen Ansprüche, Meinungen und Überlegungen breiter Bevölkerungskreise, vor allem aber wohl der Intelligenz und deren Reaktionen auf das erweiterte Geschichtsverständnis. Diese unterschiedlichen, auch gegensätzlichen Interessen und Absichten überlagerten, überschritten, durchkreuzten sich, wirkten sowohl fördernd als auch hemmend aufeinander. Begründet wurde die Anwendung des neuen Erbekonzepts und die Notwendigkeit eines differenzierteren und flexibleren Geschichtsverständnisses – so auch von mir – vor allem mit der gewachsenen Reife der sozialistischen Gesellschaft und der damit gewonnenen geistigen Souveränität gegenüber der eigenen geschichtlichen Vergangenheit. In der Tat sprach auch das zunehmende Geschichtsinteresse, namentlich für weiter zurückliegende Perioden und für die kulturellen Leistungen aus dieser Zeit, für eine solche Annahme.

Doch wird man heute fragen müssen, ob diesem Geschichtsinteresse nicht auch andere Ursachen zugrunde lagen, es weniger sozialistischer Reife als vielmehr der Unzufriedenheit über Unzulänglichkeiten und Mängel der sozialistischen Realität geschuldet war, also einen deutlichen nostalgischen Touch enthielt, den Blick einer sicherlich verklärt geschehenen Vergangenheit zuzuwenden. Abgesehen von dem in dieser Zeit international zu beobachtenden historischen Nostalgie-Trend, dem natürlich auch die DDR-Bevölkerung unterlag, darf angenommen werden, daß die Hinwendung zu Leistungen und Glanzpunkten vergangener Geschichtsperioden neben nostalgischen Sehnsüchten nach »guten alten Zeiten« sich zu einem Gutteil auch aus dem Überdruß an bisher gebotenen vereinfachten, holzschnittartigen, herrschende Klassen zumeist stigmatisierenden und, was die neueste Zeit betrifft, stromlinienförmig geglätteten und harmonisierend geschönten Darstellungen erklärt. Da die Erbediskussion vorher weitgehend verdrängte und teilweise stigmatisierte historische Sachkomplexe, Ereignisse und Per-

63 Siehe dazu Wolfgang Küttler: *Geschichtliches Erbe und historische Orientierung. Gedanken zum Umgang mit deutschen Vergangenheiten*. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): *Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte*. Berlin 1993. S. 120f. – Helmut Meier: *Anliegen und Ergebnisse der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft der DDR*. In: *Ebenda*. S. 123f.

sönlichkeiten offiziell wieder ins öffentliche Bewußtsein rückte, revitalisierte sie in vielen Fällen älteres, überlagertes und verdrängtes, aber latent vorhanden gebliebenes Geschichtsbewußtsein. Dies umso mehr, als ausgewogene Urteile, die Licht- und Schattenseiten eines historischen Phänomens gleichermaßen geltend machen, nicht jedermanns Sache sind. Aus der differenzierten, Leistungen und Grenzen erfassenden Bewertung Friedrichs II. von Preußen etwa wurde so sehr oft rasch das alte, ausschließlich positiv verstandene Fridericus-Rex-Bild. Schließlich wird nicht übersehen werden dürfen, daß die Öffnung des Geschichtsbildes angesichts der sich entwickelnden Krise der DDR-Gesellschaft namentlich in Kreisen der Intelligenz ganz anders aufgenommen und gedeutet wurde, als es die Politik beabsichtigte, aber auch die Geschichtswissenschaft annahm. Die geschichtskulturelle Wirkung des Erbekonzepts war also äußerst zwiespältig. »Die Schlangen vor Geschichtsausstellungen kündigten statt gewachsener sozialistischer Reife die zunehmende ideologische Erosion des Systems an«. ⁶⁴

Zugleich muß beachtet werden, daß die *Erbedebatte* selbst weitgehend eine innerwissenschaftliche Sache der Historiker blieb, deren Resultate auch weniger über die Massenmedien als vielmehr durch Vorträge in die Öffentlichkeit drangen. Vor allem aber gab es eine ganz wesentliche Begrenzung der Öffentlichkeitswirksamkeit. Es gelang den Historikern nicht, den Geschichtsunterricht entsprechend den neuen Einsichten zu verändern. Die Übernahme der neuen Sichtweisen und Wertungen in die offiziellen Lehrpläne und Geschichtslehrbücher, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Überarbeitung waren, wurde – entgegen den Bemühungen der Geschichtsdidaktiker in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und auch den Wünschen zahlreicher Geschichtslehrer an der Basis, die energisch darauf drängten, die Erbediskussion für den Unterricht zu rezipieren – bewußt verzögert und nur widerwillig und mit starken Abschwächungen konzidiert. Der umfassende Erbebegriff mit seinen Konsequenzen erschien der Leitung der Volksbildung geradezu suspekt. Daher wurde das neue Erbeverständnis für das in der DDR offiziell vermittelte Geschichtsbild bis 1989 nicht mehr wirklich prägend. Das Selektionsprinzip blieb in der Schule offiziell weitgehend weiter bestehen.

⁶⁴ Wolfgang Küttler: Geschichtliches Erbe und historische Orientierung. Gedanken zum Umgang mit deutschen Vergangenheiten. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 120.

Mit der ausdrücklichen Abhebung der (positiven) Traditionen vom ganzen Erbe war sogar eine gewisse Rechtfertigung für die – nun etwas modifizierte (Luther etwa wurde schon positiver als zuvor behandelt) – Beibehaltung eines selektiven Geschichtsbildes geliefert worden. Daran konnten auch von den Historikern gemachte Einwände nichts ändern, daß das Geschichtsbild niemals auf Traditionen beschränkt werden darf. Negativ wirkte sich indes nicht so sehr aus, daß die Kernstücke des proklamierten Traditionsbestandes – Geschichte der Arbeiterbewegung und DDR-Geschichte – weiterhin im Zentrum blieben, sondern daß diese Bereiche nicht wie andere Geschichtsperioden und Prozesse kritisch auf Guthaben und Schulden und nach den bewegenden inneren Widersprüchen befragt wurden.

Wenn man so will, tat sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine Schere auf zwischen der geschichtsinteressierten Öffentlichkeit, die das Angebot einer erweiterten Erberezeption annahm, aber sich dabei zumeist ihren eigenen Reim darauf machte und durchaus eigene, von den staatsoffiziellen Absichten abweichende Wege ging, und dem nach wie vor offiziell in den Schulen vermittelten Geschichtsbild, das nur sehr schwer oder kaum aus der bisherigen selektiven Betrachtung herauskam.

*

Der gesellschaftliche Umbruch in der DDR und ihre überstürzte Angliederung an die Alt-BRD 1990 führten zum Ende der Erbediskussion. Andere, grundsätzlichere Themen, vor allem eine kritische Analyse der Versäumnisse und Defizite in der DDR-Historiographie, waren angesagt und beschäftigten die DDR-Historiker, soweit sie sich noch zu Wort meldeten und melden konnten. Die in der Erbedebatte angelegten neuen Tendenzen, die ohne Frage auch ein gewisses Reform- und Erneuerungspotential enthalten haben mochten, konnten nicht ausreifen und, verbunden mit einer radikalen substanziellen Kritik, zu einer selbständigen Erneuerung der DDR-Geschichtswissenschaft weitergeführt werden. Mit dem Anschluß an die BRD verlor die DDR-Geschichtswissenschaft ihre Basis und wurde, nach meinen Erfahrungen seit Sommer 1990, zur reinen Konkursmasse, über die altbundesdeutsche Historikereliten entsprechend regierungsoffiziellen politischen Wissenschaftskonzepten walteten, um sie – zumeist über sogenannte Evaluierungen – aus der Welt zu schaffen. Die Geschichte dieser zielgerichteten Zerschlagung gewachsener Wissenschaftsstrukturen

durch die »Abwicklung« nahezu sämtlicher außeruniversitärer geschichtswissenschaftlicher Institutionen und die »Erneuerung« der universitären Geschichtsinstitute auf dem Wege der Verdrängung der überwiegenden Mehrheit ehemaliger DDR-Historiker und der Übernahme der freigemachten Professoren- und Dozentenstellen durch altbundesdeutsche Historiker, in vielen Fällen aus der zweiten oder dritten Reihe, ist noch zu schreiben.

Ein gleiches Schicksal erlebte auch das Erbethema. Während es vor Herbst 1989 in der alten Bundesrepublik mehr als ein Jahrzehnt geradezu Furore gemacht hatte und sich seriöser Analysen und Betrachtungen erfreuen konnte, herrscht seitdem absolutes Desinteresse. Nachdem die staatliche Einheit unter Hegemonie der BRD unerwartet rasch hergestellt werden konnte, die DDR also nicht mehr existierte, waren Prozesse in diesem Staat, die früher aus politischen Gründen – weil sie innere Wandlungen fördern konnten – genau verfolgt worden waren, für die politische Klasse und also auch für die historischen Eliten in den alten Bundesländern bedeutungslos geworden. Nun rückten für die Politik und damit auch für die Wissenschaft in der neuen, in deren Verständnis nur eben größer gewordenen Bundesrepublik ganz andere Dinge in den Vordergrund: die schnelle und rigorose, ohne Rücksicht auf Kosten und Verluste betriebene Eingliederung dieser Gebiete in das bundesrepublikanische Wissenschaftssystem der Alt-BRD und die gleichzeitige Abrechnung mit der von Anbeginn bekämpften und in Frage gestellten nichtkapitalistischen Alternative in Deutschland und also auch mit der Geschichtswissenschaft, die im Ringen um eine solche Alternative entstanden, in sie eingeordnet war und sich ihr verpflichtet gefühlt hatte.

Gefragt war und ist seitdem politisch zweckbestimmte pauschale Grobrasterung, nicht aber sachliche und gewissenhafte Feindifferenzierung. Die Bemühungen in der DDR um die Weiterentwicklung und Reform des Geschichtsdenkens sind kein Thema mehr. Dies alles spiegelt freilich nur das ganz normale, aber von interessierter Seite nicht eben selten geleugnete Beziehungsgeflecht zwischen Politik und der Muse Klio. Und es macht wohl auch recht deutlich, daß für die alt-bundesrepublikanische Seite die DDR-Erbedebatte in erster Linie unter politischem Blickwinkel wichtig gewesen war, nämlich als Ausdruck von und als Instrument für Differenzierungen und Wandlungen in der DDR.



Es läßt sich heute kaum sagen, ob von der Erbediskussion in der DDR etwas bleiben wird und in der deutschen Geschichtswissenschaft fortwirken könnte. Von den auf den Realsozialismus und eine vermeintlich entstehende eigenständige sozialistische Nation in der DDR fixierten Ausgangsüberlegungen mit Sicherheit nichts.

Anders verhält es sich allerdings mit den historischen Sachthemen, die in der Erbedebatte die Gemüter bewegten. Vergleicht man diese Themen mit denen, die in den letzten beiden Jahrzehnten auch in der alten Bundesrepublik auf der Tagesordnung standen, wird in vielen Fällen eine erstaunliche Übereinstimmung auffallen. Darin kommt indes nur zum Ausdruck, daß – von unterschiedlichen, ja oft gegensätzlichen Positionen aus und mit verschiedenen, aber durchaus nicht nur gegensätzlichen, sondern sich häufig annähernden Antworten – auf beiden Seiten wichtige, aus Anforderungen gegenwärtiger Entwicklungen erwachsende historische Probleme angegangen wurden, die auch in Zukunft ihren zentralen Stellenwert behalten werden. Das Kernproblem des westdeutschen »Historikerstreits« der zweiten Hälfte der achtziger Jahre: die Haltung der Gesellschaft zu Faschismus und Antifaschismus ist zwar längst verdrängt und scheint – im fragwürdigen Rahmen des sogenannten Diktaturenvergleichs – ersetzt zu werden durch die totalitarismustheoretisch begründete Verteufelung des in der Sicht der herrschenden politischen Klasse weit schlimmeren, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigenden DDR-»Unrechtssystems«.⁶⁵

Ungeachtet dieser unverkennbar politisch instrumentalisierten Konzentration historischen Denkens und Forschens auf Verketzerung und Stigmatisierung von DDR-Geschichte bleiben jedoch auch nach dem Untergang des Realsozialismus historische Sinnfragen, die eingebettet sind in das Problembündel, das sich um den Platz Deutschlands in der internationalen Ge-

65 Wolfgang Küttler erwähnt (Wie kommen wir zu einem neuen Geschichtsdiskurs in Deutschland. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende: Vom Beitritt zur Vereinigung. Berlin 1993. S. 208/209) kritische Äußerungen des westdeutschen Historikers Bernd Faulenbach und des israelischen Historikers Moshe Zimmermann aus einer Debatte im Potsdamer Zentrum für zeithistorische Forschungen gegen Tendenzen einer »Verbösung« der DDR-Vergangenheit, während der Faschismus vergleichend eingeordnet, also »normalisiert« werden soll, und zu der Gefahr (so Zimmermann), die DDR als Vehikel zu benutzen, um die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime zu den Akten legen zu können.

meinschaft der Gegenwart rankt, mehr als zuvor von großer Relevanz. Zur Zeit gewinnt man zwar den Eindruck, als ob die DDR-Historiographie nicht nur institutionell, sondern auch im Hinblick auf die von ihr behandelten Sachfragen einem totalen Kahlschlag unterworfen werden, von ihren international respektierten Ergebnissen und Diskursen also so gut wie nichts in die künftige deutsche Geschichtswissenschaft-Entwicklung Aufnahme finden soll. Ob dies auf Dauer durchzuhalten ist, wird die Zukunft zeigen. Von Nutzen für die deutsche Historiographie wird es mit Sicherheit nicht sein, wenn die Denkansätze der DDR-Geschichtswissenschaft zu solchen Sachkomplexen – wie die historische Stellung und die Wirkungen von Reformation und Bauernkrieg, die Genesis von deutscher Nation und einheitlichem Nationalstaat mit Leistungen und Belastungen, die Alternativen und Wege der Transformation zur bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland mit ihren Besonderheiten und Unzulänglichkeiten, die historische Revolutions- und Transformationskomparatistik, die Stellung der Arbeiterbewegung in den geschichtlichen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts, Faschismus und Antifaschismus in der deutschen Geschichte – schlichtweg eskamotiert und, wie es gegenwärtig häufig zunächst einmal Praxis zu werden scheint, lediglich zum Zwecke von Abrechnung und pauschaler Verurteilung herangezogen werden.

Aber auch was die Art und Weise des Umgangs mit Geschichte angeht, wäre es durchaus von Nutzen, wenn einiges aus der Erbediskussion der DDR-Historiker – namentlich bei Erörterungen der neuesten und Zeitgeschichte – nicht gänzlich in Vergessenheit geriete. Wenn man verfolgt, wie gegenwärtig Auseinandersetzung um historisches Erbe der DDR zumeist geführt wird, bei vielen Fachhistorikern nur wenig anders als im politischen Alltag bei Straßenumbenennungen und Denkmalzerstörungen und in der Enquete-Kommission des Bundestages, wie nun mit umgekehrtem Vorzeichen wieder an die Stelle gründlicher kritischer Analyse und differenzierender Wertung Vorurteil und administrative Selektion auf der Basis grobschlächtigen Schwarz-Weiß-Klischees treten, kann man zumindest für die nächste Zukunft fast alle Hoffnung sinken lassen.

Drei Aspekte der Erbedebatte hielte ich angesichts der zielgerichteten politischen Anstrengungen, aus dem Erbe von nahezu einem halben Jahrhundert eigener Geschichte von rund 16 Millionen DDR-Bürgern all das auslöschen zu wollen, was nicht ins offizielle Geschichtsbild der politischen Klasse paßt, schon für bewahrenswert.

Erstens wird ohnehin niemand die Tatsache außer Kraft setzen können, daß es eine Gesellschaft immer mit der historischen Hinterlassenschaft in

ihrer Gesamtheit zu tun hat. Allen Versuchen zum Trotz, die es immer wieder gab, gibt und geben wird, nur das annehmen zu wollen, was den jeweils Herrschenden gerade in den Streifen paßt, existiert und wirkt ein Erbe in einer Gesellschaft stets als Ganzes, mit seinen Guthaben und Schulden. Da läßt sich kurzfristig sicherlich manches verdrängen, auf Dauer aber nichts ausschlagen. Das geschichtliche Erbe kann man sich nun mal nicht nach Belieben aussuchen. Man bekommt es, wie es ist, ob es einem gefällt oder nicht. Die Gesellschaft muß es annehmen, sich ihm stellen und kann sich nur kritisch mit ihm auseinandersetzen.

Das gilt auch für das nahezu Halbjahrhundert Vorgeschichte und Geschichte der DDR. Weder lassen sich die Fehlleistungen, Deformierungen und Verwerfungen, also die »Schulden« aus diesem Teil deutscher Geschichte, wegstreichen oder gar verklären, noch sind auf Dauer die Leistungen von Millionen und die Herausforderungen, die mit dem gescheiterten Versuch einer nichtkapitalistischen Alternative in der deutschen Geschichte verbunden waren, wegzuzaubern und auszulöschen. In der Realität des gesellschaftlichen Lebens, im Bewußtsein der Menschen ist beides vorhanden und wirkt weiter. Es ist deshalb kein Zufall, wenn eine Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger, wie neueste Befragungsergebnisse ausweisen, sich der offiziellen »Unrechtsstaats«-Doktrin widersetzt. Trotz des permanenten propagandistischen Trommelfeuers der herrschenden Politik und der Medien lehnen es 42,6% der Befragten ab, die Geschichte der DDR schlankweg als die eines »Unrechtsstaates« zu bezeichnen (29,9% hielten dies teilweise für richtig; 18,6% bejahten diese Frage), und 65,2%, also nahezu zwei Drittel, bewerten die Geschichte der DDR immerhin als gescheiterten Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu errichten (für 18,5% ist dies teilweise richtig, und nur 9,5% halten es für falsch). Für genau zwei Drittel (67,1%) umfaßt DDR-Geschichte unbestreitbare Leistungen ihrer Bürger (21,1% stimmen dieser Aussage teilweise zu, und lediglich 6,1% lehnen sie ab).⁶⁶ Offensichtlich sind die eigenen praktischen Erfahrungen wieder einmal stärker und wirken nachhaltiger und überzeugender als die von den Herrschenden betriebene ideologische Indoktrination. Es scheint so, als ob sich die Bevölkerung erneut ihren eigenen Reim auf das macht, was ihr als offizielle Geschichtssicht angeboten wird. Die eigentli-

66 Siehe Jürgen Hofmann: Information der Projektgruppe »Identitätswandel« beim Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e. V. Berlin über die Befragung »Ident 93«, April 1994. – Karlen Vesper: Alles nur vaterlandslose Gesellen und rote Socken? Umfrage ergab: Nur 19,5% der Ostdeutschen fühlen sich als Bürger der Bundesrepublik Deutschland. In: »Neues Deutschland« vom 6. Mai 1994. S. 14.

che Frage ist wohl, wie das historische Erbe aus viereinhalb Jahrzehnten Vorgeschichte und Geschichte der DDR angenommen und – sehr wohl kritisch verarbeitet, was etwas anderes ist als pauschale Verdammung und Verketzerung – auch sachlich und der historischen Wahrheit entsprechend aufgenommen wird in sich ausbildende neue gesamtdeutsche nationale Identitäten, sofern solche in unserer Zeit noch gefragt und möglich sind.⁶⁷

Zweitens dürfte auch die bewußt ablehnende Haltung gegenüber allzu groben, selektiven Geschichtsbildern Beachtung verdienen, die zuvörderst einem simplifizierenden Schwarz-Weiß- oder Gut-Böse-Klischee folgen und die weiten »Grauzonen« der historischen Prozesse, nicht nur im geschichtlichen Alltag, sondern auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, zielstrebig vergessen machen wollen. Wenn in der Erbediskussion Front gemacht wurde gegen allzu pauschales Lob oder ebenso allgemeinen Tadel, wenn genaues Differenzieren und bedachtsames Abwägen auf der Grundlage gründlicher Kenntnis der Situation verlangt wurde, um Vergangenes in *seinen* ganz spezifischen Koordinaten und nicht nur vom schließlichen Ergebnis her zu beurteilen und zu verstehen, dann hat dies auch in der Zukunft seinen Wert.

Für die Gewinnung eines tieferen Verständnisses der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert ist es mit Sicherheit alles andere als förderlich, wenn Pauschalisierung an die Stelle von Differenzierung tritt und aus vordergründig politischen Interessen alles, was mit der DDR-Gesellschaft zusammenhängt, schlankweg zu verteufeln gesucht wird. Eine »Geschichtsbewältigung«, die die Lebenswelt der inzwischen historisch gewordenen, aber gleichwohl weiterwirkenden anderen, einer anders gearteten, gewiß auch sehr widersprüchlichen deutschen Gesellschaft als geschichtliches Phänomen nicht akzeptieren will, sondern alles auf die platte Formel eines »Unrechtssystems« reduziert, die Leben und Schaffen von mehr als einer Generation von DDR-Bürgern für letztlich nutzlos, ja gar schädlich ausgibt und kaum noch eine ehrliche Biographie erlaubt, wird schwerlich zu neuen nationalen Identitäten führen. Es ist eher zu befürchten, daß an die Stelle kritischer und selbstbewußter Selbstfindung – wieder – Verdrängung und bereitwillige Anpassung treten.⁶⁸

67 Siehe dazu auch Jürgen Hofmann: Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen? Vom Zwiespalt des Erbens. In: Berlinische Monatsschrift 2(1993)10. S. 30-35.

68 Siehe dazu auch Reinhard Mocek: Unzeitgemäßes über »siegreiche« und »unterlegene« Kulturen. In: Ebenda. S. 19-29.

Drittens sollte schließlich nicht die in der DDR-Erbedebatte nachdrücklich ins Bewußtsein gelangte Einsicht preisgegeben werden, daß über Umbrüche hinweg zumeist mehr Kontinuitäten existieren, als in solchen Perioden gewollt sind, anerkannt und zugegeben werden. Tabula rasa hat bisher noch keine der stattgefundenen Umwälzungen, wie auch immer sie eingeordnet und bezeichnet werden, machen können, selbst die radikalsten nicht. In die langen Linien der Geschichte geht alles ein und offenbart hier eine zumeist unterschätzte Konsistenz.



Prof. Dr. phil. habil. Dr. h. c. phil. Walter Schmidt, geboren 1930 in Protsch-Weide, Kreis Breslau; Studium der Geschichte, Slawistik und Pädagogik in Jena; Promotion 1961 mit einer biographischen Arbeit über Wilhelm Wolff, Habilitation 1969 mit Studien zur Marx-Engels-Forschung und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49; 1965 zum Professor mit Lehrauftrag, 1969 zum Ordentlichen Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung berufen. Von 1964 bis 1984 Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Berlin; von 1984 bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR; seit 1990 im Vorruhestand; 1981 Korrespondierendes, 1985 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR; seit 1992 Mitglied der Leibniz-Sozialät e. V. Berlin.

Wissenschaftliche Forschungen und Publikationen zur Marx-Engels-Forschung und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, vor allem zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, zur bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte, namentlich zur deutschen Revolution von 1848 und zur vergleichenden Revolutionsgeschichte des 19. Jahrhunderts, zur Geschichte der Geschichtswissenschaft und des Erbeverständnisses in der DDR.

Veröffentlichungen u. a.: Der Kampf der »Neuen Rheinischen Zeitung« um ein festes Kampfbündnis der polnischen und deutschen Demokratie. In: Jahrbuch der Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas (1961); Wilhelm Wolff. Bd. 1 (1809-1846) und Bd. 2 (1846-1864) (1963 und 1976); Wilhelm Wolff: Aus Schlesien, Preußen und dem Reich [Hrsg.] (1985); Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49 [Leiter der Autorengruppe] (1973, 1975 und 1988); Deutsche Geschichte. Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871 [Leiter der Autorengruppe] (1984); Neue Rheinische Zeitung. Artikel-Korrespondenzen-Berichte über die französische Revolution 1848/49 [Hrsg.] (1986); Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker [Mitherausgeber] (1988); Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft [Mitherausgeber] (1989); Bür-

gerliche Revolution und proletarische Emanzipation in der deutschen Geschichte (1990); Dokumente des Bundes der Gerechten in den USA aus dem Jahre 1846. In: ZfG (1992); Die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851-1866. Präliminardokumente, Protokolle und Anlagen [Mitherausgeber] (1993); The nation in German history. In: The national question in Europe in historical context (1993); Barbarossa im Vormärz. In: Kaiser Friedrich Barbarossa. Landesausbau – Aspekte seiner Politik-Wirkung (1994); Erfurt in der deutschen Hauptstadt-Diskussion 1848-1850. In: Erfurt. Geschichte und Gegenwart (1994); Die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. Historische Entwicklung und kritische Bilanz. In: ZfG (1994); Über Entwicklung und Inhalt des Parteibegriffs von Marx und Engels. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1994.

Chronik Januar bis Juni 1994

6. Januar 1994 Debatte im Klub. Dr. phil. habil. Mario Keßler (Berlin) präsentiert sein Buch »Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert« – Moderation: Prof. Dr. Hans Piazza.
12. Januar 1994 Podiumsdiskussion zum 75. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: Prof. Dr. Annelies Laschitza (Berlin) und Prof. Dr. Helmut Hirsch (Universität Duisburg) debattieren über Band 6 der »Gesammelten Briefe« von Rosa Luxemburg – Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner.
18. Januar 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Hans Ivens (Leipzig) zum Thema »Maastricht – Wunschbild oder Alptraum?« – Moderation: Dr. Peter Hamann.
20. Januar 1994 Debatte im Klub: Dr. Matthias John (Leipzig) stellt neue Dokumente und Tatsachen über Karl Liebknechts Leipziger Jugendjahre vor – Moderation: Dr. Manfred Hötzel.
25. Januar 1994 Debatte im Klub: Dr. Wilhelm Schmid (Berlin) präsentiert sein Buch »Was geht uns Deutschland an?« – Moderation: Prof. Dr. Helmut Seidel (Philosophischer Arbeitskreis).
26. Januar 1994 Debatte im Klub mit Dr. habil. Andrzej Sakson (Poznan) zum Thema »Polen nach den Wahlen« – Moderation Prof. Dr. Walter Jopke.
29. Januar 1994 Workshop in Erfurt für Redakteure von Kleinzeitungen (gemeinsam mit Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.).
31. Januar 1994 Debatte im Klub: »Am Boden, oben« (Gedichte). Autorenlesung und Diskussion über jüngste Geschichte und Gegenwärtiges mit Knud Wollenberger in Freiberg – Moderation: Dr. Achim Grunke.
3. Februar 1994 Debatte im Klub mit dem Filmemacher und Publizisten Thomas Grimm (Berlin) über seine Zeitzeugendokumentation »Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie« – Moderation: Dr. Matthias Middell.
7. Februar 1994 Debatte im Klub: Bernd Schirmer (Berlin) liest aus seinem Roman »Schlehwins Giraffe« – Moderation: Prof. Dr. Klaus Pezold (Literaturhistorischer Arbeitskreis).
10. Februar 1994 Debatte im Klub zum Thema »Das Recht der Ostdeutschen – wider VereinigungsUnrecht« mit Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, MdB, in Freiberg – Moderation: Dr. Achim Grunke.

- 11./12. Februar 1994 Kolloquium zum Thema »Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems« in Jena (gemeinsam mit Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V.).
14. Februar 1994 Debatte im Klub zum Thema »Militärisches Denken und Handeln an Schnittpunkten des Kalten Krieges – Zur Rolle der NVA in internationalen Krisen- und Konfliktsituationen« – Moderation: Dr. Paul Frost.
17. Februar 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr.-Ing. habil. Werner Richter (Leipzig) zum Thema »Die unendliche Geschichte mit der Energie...« – Moderation: Prof. Dr. Dieter Wittich.
22. Februar 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin) zum Thema »Das schöne Gewand der Gerechtigkeit« – Moderation: Prof. Dr. Helmut Seidel (Philosophischer Arbeitskreis).
24. Februar 1994 Debatte im Klub: Dr. Manfred Uschner (Berlin) präsentiert sein Buch »Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates« – Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider.
24. Februar 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Willi Beitz (Leipzig) zum Thema »Wer war Maxim Gorki? Fragen und Debatten zu seinem 125. Geburtstag« (Literaturhistorischer Arbeitskreis).
2. März 1994 Debatte im Klub in Jena: Dr. phil. habil. Mario Keßler (Berlin) präsentiert sein Buch »Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert« (gemeinsam mit Jenaer Forum für Wissenschaft und Bildung e. V.).
8. März 1994 Debatte im Klub mit Dr. rer. oec. habil. Alexander Busgalin (Moskau) zum Thema »Rußland nach den Wahlen – wie weiter?« – Moderation: Prof. Dr. Hans Piazza.
14. März 1994 Debatte im Klub mit Dr. Karl Heinz Roth (Hamburg) zum Thema »Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken« – Moderation: Prof. Dr. Walter Jopke.
15. März 1994 Debatte im Klub: Prof. Dr. Dieter Engelmann (Leipzig) und Dr. Horst Naumann (Berlin) präsentieren ihr Buch »Zwischen Spaltung und Vereinigung. Geschichte der USPD 1914-1922« (gemeinsam mit AG Geschichte beim Stadtvorstand der PDS).
17. März 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Wolfgang Triebel (Berlin) zum Thema »Otto Grotewohls Weg in die Einheitspartei. Hintergründe und Zusammenhänge« – Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider (gemeinsam mit AG Geschichte beim Stadtvorstand der PDS).

19. März 1994 Debatte im Klub zum Thema »Die philippinische Revolution« mit José-Maria Sison, Juliet Delima und Dr. Rainer Werning (gemeinsam mit der Gesellschaft für Völkerverständigung e. V.).
23. März 1994 Debatte im Klub mit Prof. em. Dr. Hans Richter (Jena) zum Thema »Verordneter« Antifaschismus? Der Fall Franz Fühmann« – Moderation: Prof. Dr. Alfred Klein (Literaturhistorischer Arbeitskreis gemeinsam mit dem Verein zur Förderung der Leipziger Stadtbibliothek e. V.).
29. März 1994 Debatte im Klub mit Gerhard Zwerenz (Schmitten) zum Thema »Rechts und dumm oder die Linke stirbt, aber sie ergibt sich nicht« – Moderation: Prof. Dr. Werner Berthold (gemeinsam mit Linker Studentengruppe).
6. April 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian zum Thema »Der Dialog Israel – PLO. Chancen und Risiken im Lichte des Massakers von Hebron« – Moderation: Prof. Dr. Hans Piazza.
6. April 1994 Debatte im Klub in Jena mit Dr. Friedrich Martin Balzer (Marburg) zum Thema »Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer und Erwin Eckert – unterschiedliche antifaschistische Traditionslinien und gemeinsames Erbe« (gemeinsam mit Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.).
- 16./17. April 1994 Walter-Markov-Kolloquium »Universalgeschichte – Geschichtsphilosophie – Politik« (gemeinsam mit Karl-Lamprecht-Gesellschaft).
19. April 1994 Debatte im Klub in Dresden: Dr. phil. habil. Mario Keßler (Berlin) präsentiert sein Buch »Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert« (gemeinsam mit HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V. und Verein für regionale Politik und Geschichte Dresden e. V.).
21. April 1994 Debatte im Klub mit Prof. Carlos Tablada (Havanna) zum Thema »Cuba stellt sich der weltweiten Krise der neunziger Jahre« (gemeinsam mit Linker Studentengruppe und AG *Cuba Si* der PDS Leipzig).
23. April 1994 Workshop in Erfurt für Redakteure von Kleinzeitungen (gemeinsam mit Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.).
23. April 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Harry Nick (Berlin) zum Thema »Informationsgesellschaft – Vision oder Fiktion?« – Moderation: Prof. Dr. Dieter Wittich (Wirtschaftswissenschaftlicher Arbeitskreis).

28. April 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Walter Schmidt (Berlin) zum Thema »Die Erbe-Debatte der DDR-Historiker. Eine kritische Bilanz« – Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner.
2. Mai 1994 Chansonabend in Dresden: »Vom barocken Leben« mit Thea Elster, Joachim Hellwig und Thomas Lehmann (gemeinsam mit Freundeskreis MEDUSA e. V.).
4. Mai 1994 Debatte im Klub in Jena mit Dr. Horst Groschopp (Berlin) zum Thema »Kultur und Einigungsvertrag – Kultur in Ostdeutschland im Umbruch« (gemeinsam mit Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.).
10. Mai 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Ryszard Nazarewicz (Warschau) zum Thema »Die Vernichtung der KP Polens und ihre Folgen im Lichte der Akten des EKKI« – Moderation: Prof. Dr. Eva Seeber.
11. Mai 1994 Debatte im Klub: Alice und Gerhard Zadek (Berlin) präsentieren ihr Buch »Mit dem letzten Zug nach England«. Über das Zusammenleben von Deutschen und jüdischen Mitbürgern in Berlin 1928 bis 1939« – Moderation: Prof. em. Dr. Ernst Springer (gemeinsam mit Bund der Antifaschisten).
16. Mai 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Roland Opitz zum Thema »Friedrich Gorenstein – ein neuer Name in der russischen Literatur« – Moderation: Prof. Dr. Helga Conrad (Literaturhistorischer Arbeitskreis).
19. Mai 1994 Lesung mit Andreas Reimann und Benjamin Weinkauf (Leipzig): »Hinkende Hymne« (gemeinsam mit Bebel-Liebknecht-Verein, MUTABOR Verlag und Linker Studentengruppe).
25. Mai 1994 Debatte im Klub mit Prof. Dr. Wolfgang Küttler (Berlin) zum Thema »Formationstheorie und Moderne« – Moderation: Prof. em. Dr. Werner Berthold.
26. Mai 1994 Debatte im Klub: Prof. Dr. Heinz Niemann präsentiert sein Buch »Meinungsforschung in der DDR« – Moderation: Prof. Dr. Hans Poerschke (gemeinsam mit AG Geschichte beim Stadtvorstand Leipzig der PDS).
27. Mai 1994 Erik Neutsch präsentiert sein Buch »Totschlag« (gemeinsam mit Freundeskreis MEDUSA e. V. Dresden).
31. Mai 1994 Debatte im Klub: Prof. Dr. Wolfgang Jantzen (Bremen) stellt sein neues Buch »Am Anfang war der Sinn. Zur Naturgeschichte, Psychologie und Philosophie von Tätigkeit, Sinn und Dialog« vor – Moderation: Prof. Dr. Siegfried Bönnisch (Philosophischer Arbeitskreis).

4. Juni 1994 Festvortrag von Prof. Dr. Peter Porsch, MdL, in der Mitgliederversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins zum Thema »Aktuelle Fragen der Hochschulpolitik«.
9. Juni 1994 Debatte im Klub: Emil Carlebach (Frankfurt am Main) stellt sein Buch »Hitler war kein Betriebsunfall« vor – Moderation: Prof. Dr. Werner Bramke (gemeinsam mit Linker Studentengruppe und Bund der Antifaschisten).
15. Juni 1994 Debatte im Klub in Dresden: Alice und Gerhard Zadek (Berlin) präsentieren ihr Buch »Mit dem letzten Zug nach England«. Über das Zusammenleben von Deutschen und jüdischen Mitbürgern in Berlin 1928-1939« (gemeinsam mit HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsens e. V.).
17. Juni 1994 Kolloquium »Nachbarn und Partner in Europa. Aspekte sächsisch-polnischer Beziehungen« (Projektgruppe Toleranz und Völkerverständigung beim Rosa-Luxemburg-Verein gemeinsam mit Instytut Zachodni Poznan und Polnischem Institut Leipzig).
21. Juni 1994 Debatte im Klub in Dresden: Rudolf Scholz präsentiert sein Buch »Sommermitte« (gemeinsam mit Freundeskreis MEDUSA e. V. Dresden).
23. Juni 1994 Debatte im Klub mit Roland Links zum Thema »Kurt Tucholsky heute« – Moderation: Prof. Dr. Alfred Klein (Literaturhistorischer Arbeitskreis).
24. Juni 1994 Liederabend mit Stephan Krawczyk (gemeinsam mit Bebel-Liebnecht-Verein).
28. Juni 1994 Im »Stenglischen« Garten. Hansgeorg Stengel mit neuen kleinen Ungezogenheiten (gemeinsam mit Freundeskreis MEDUSA e. V. Dresden).
28. Juni 1994 Prof. Dr. Helmut Seidel referiert aus Anlaß seines 65. Geburtstages zum Thema »Zur politischen Philosophie Spinozas« – Moderation: Prof. Dr. Dieter Wittich (Philosophischer Arbeitskreis).
30. Juni 1994 Debatte im Klub mit Dr. Günther Maleuda (Berlin) zum Thema »Sind wir ein Volk? Einsichten – Erfahrungen – Schlußfolgerungen« – Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider.

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins

Mitteilungen

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. – Erste Presseresonanz. S. 25-28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5 bis 17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28 bis 32. – Informationen des Vorstandes. S. 33-35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17-30. – Informationen des Vorstandes. S. 31-33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20-31. – Informationen des Vorstandes. S. 32-34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17 bis 35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51-52.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5-9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11-16. – Faksimiles. S. 17-36. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37-40. – Personalien. S. 41-47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47-51.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 68 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr.

sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 – 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7-11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11-13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13-14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15-16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17-39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41 bis 55.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. – Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7-14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15-26. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27-40. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41-48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinese Wall‹. Die DDR im Zwielicht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49-50. – Personalien. S. 51-52.] – *Heft 14. Leipzig 1993. 66 S.* [Enthält: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV. – Hans Jürgen Friederici: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« S. 5-14. – Hans Jürgen Friederici: »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. S. 15-20. – Helmut Hirsch: Marxens Verhältnis zu Lassalle. S. 21-28. – Wolfgang Schröder: Zur Position des ADAV im Geschichtsbild. Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei. S. 29-40. – Volker Külow: Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses. S. 41-43. – Henrike Dietze: »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« – ein Trauerspiel in mehreren Akten. S. 45-50. – Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle. S. 51-52. – Personalien. S. 53-61.] – *Heft 15. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält: Beiträge zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Grußwort. S. 5-7. – Rolf Dlubek: Marx als Politiker in den ersten Jahren der Internationalen Arbeiterassoziation. Zum Erscheinen von Band 1/20 der MEGA. S. 9-26. – Martin Hundt: Am Ursprung kommunistischer Parteipraxis. Über das Entstehen einer Monographie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. S. 27-42. – Volker Külow: Ein Gedenkbuch und mehr. S. 43-60. – Heinrich Gemkow: Statt einer Schlußbemerkung. S. 61-62. – Personalien. S. 63-65. – Ausstellung handgeschöpfter Papiere von Kristina Rossmann im Domizil des Rosa-Luxemburg-Vereins. S. 65-70. – Chronik April bis Dezember 1993. S. 71-77.]

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1. Leipzig 1994. 80 S. [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Wolfgang Geier: Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-) Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas. S. 7-26. – Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen. S. 27-51. – Willi Beitz: Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichend-typologischem Aspekt. S. 53-68.

Texte zur Literatur

Heft 1: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Beiträge zur Hölderlin-Rezeption. Leipzig 1994. 72 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7-32. – Klaus Pezold: So kam ich unter die Deutschen. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33-48. – Günter Mieth: Ein Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49-65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg): Hölderlin. Der Pfligsohn. Texte und Dokumente 1806-1843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pfligsohnsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 66-67.]

Texte zur Philosophie

Heft 1. Leipzig 1994. 42 S. [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. S. 9-34. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37-38.]

Texte zur politischen Bildung

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – Heft 3: Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – Heft 4: Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – Heft 5: Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – Heft 6: Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – Heft 7: Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. (2. Aufl.) – Heft 8: Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5-38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39-52.] – Heft 9: Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – Heft 10: Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 55 S. – Heft 11: Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5-15. – Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17-58 (Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verf. auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages

des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.) – Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto. S. 59-61.] – *Heft 12*: Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13*: Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949-1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14*: Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15*: Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16*: Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit. S. 5-6. – Gustav Seeber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7-16. – Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17-23. – Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden. S. 25-30. – Kurt Pätzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. S. 31-50. – Helmut Eschwege: Zur Deportation alter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen« 1942-1945. S. 51-73. – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken...« Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rolle in den »Säuberungen« in Sachsen 1949 bis 1953. S. 75-83.] – *Heft 17*: Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S.

Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

[Enthält: Vorwort. S. 7-8. – Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission. S. 9-18. – Stefan Bollinger: »Geschichtsaufarbeitung« – Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen. S. 19-28. – Günter Benser: Bundestagsdrucksache 12/7820 – auch methodisch ein Dokument voller Widersprüche. S. 29-39. – Harald Neubert: Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im internationalen Bedingungsgefüge (Thesen). S. 41-48. – Jürgen Hofmann: Deutschlandpolitik als bundesdeutsche Einbahnstraße. Nachtrag zu einem defizitären Kapitel des Abschlußberichtes. S. 49-67. – Hans Jürgen Friederici: Das Thema »Antifaschismus« im Enquete-Bericht – Kritische Anmerkungen. S. 69-75. – Jörn Schütrumpf: Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans Jürgen Friederici. S. 77-80. – Manfred Weißbecker: Nachdenken über den Antifaschismus. S. 81-98. – Ernst Wurl: Die »SED-Diktatur«. Überlegungen im Kontext einer Kritik des Begriffs aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. S. 99-121. – Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? S. 123-147. – Volkmar Schöneburg: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat? Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifikation. S. 149-161. – Bernd Okun: Inwieweit ist der Herbst 1989 »identitätsstiftend« für das vereinte Deutschland? Einige Überlegungen. S. 163-168. – Autorenverzeichnis für Band V. S. 169. – Inhaltsverzeichnis für die Bände I-V. S. 171-177.]